

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57
Winterfeldstr. 21 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verantwortlicher: Emil Dittmer Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
(nebst 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

Unsere Organisation gegen den „Werttätigen Arbeiterschutzes“.

Der Verbandsvorstand hat unterm 26. September 1919 an die deutsche Reichsregierung, z. B. des Herrn Ministerpräsidenten Gustav Bauer, Berlin, folgende Protesteingabe abgeschickt:

„Aus Pressmeldungen haben wir entnommen, daß eine Organisation von Arbeitern geplant oder bereits durchgeführt worden ist. Diese Organisation, „Werttätiger Arbeiterschutzes“ benannt, soll angeblich nur die Aufgabe haben, im Falle politischer Streiks die Erhaltung lebenswichtiger Betriebe, wie Gas-, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser und dergleichen mehr, sicherzustellen. Die Arbeiter der in Frage kommenden Betriebe fühlen sich durch das Vorhandensein der Organisation „Werttätiger Arbeiterschutzes“ in hohem Maße beunruhigt, wie aus vielen Zuschriften, die an uns ergangen sind, zu ersehen ist. In München ist auch bereits auf den Widerspruch der Arbeiter und Betriebsräte von den Behörden der „Werttätigen Arbeiterschutzes“ fallen gelassen worden.“

Wenn nun auch von der Reichsregierung nicht beabsichtigt ist, durch diese Organisation das Streikrecht der Arbeiter öffentlicher Betriebe anzunehmen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß im Falle der Anwendung des „Werttätigen Arbeiterschutzes“ die Aufhebung der Streikwirkung praktisch erzielt wird. Unseres Erachtens wird diese Organisation keinen Nutzen, aber unauflösbare Schäden stiften. Das ist bereits insofern geschehen, als sich die politische Agitation dieser Angelegenheit in hohem Maße handhabe hat.

Wir haben im Namen der in unserem Verbands in Zahl von 250.000 organisierten Arbeitern der öffentlichen Betriebe in aller Form Einspruch gegen die Schaffung der vorgenannten Organisation und erwidern die Reichsregierung, die bereits unternehmen Schritte wieder rückgängig zu machen. Wir tun das um so dringlicher, weil wir überzeugt sind, daß die Arbeiter ernstlich gewillt sind, diese Betriebe gegen alle Angriffe von innen und außen mit aller Energie zu schützen. Jedemfalls haben die staatlichen Arbeiter Groß-Berlins einen dazugehörenden Bescheid gefaßt und bis jetzt gewissenhaft befolgt.

Einer gefälligen Bescheiderteilung auf unseren Einspruch sehen wir gern entgegen. Der Verbandsvorstand, gez. A. Hedmann.“

Ein Nachwort zum Verbandstag.

Nachdem nun fast ein Monat seit dem Nürnberger Verbandstag ins Land gegangen ist, verlohnt es sich wohl, noch einmal kurz zu den wichtigsten Vorgängen dieser Tagung Stellung zu nehmen.

Die Fikolen haben inwieweit grobenteils die Berichtserstattung vorgenommen, und es läßt sich bereits klar erkennen, daß das Gesamtresultat von Nürnberg in ganz Deutschland hohe Befriedigung auslöscht hat. Diese Stimmung ist auch um deswillen durchaus berechtigt, als in weiten Mitgliederkreisen die Befürchtung bestand, es werde diesmal an Stelle der früheren mehr oder minder unersfrendlichen persönlichen Auseinandersetzungen eine ausgiebige politische Kabalagerei geben, deren Resultate die Weiterentwicklung des Verbandes erheblich gefährden könnten.

Wir stellen auch an dieser Stelle erneut fest, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen in Nürnberg zwar „nicht von Pappe“ waren, daß aber durch die ganze Diskussion doch ein brüderlich-kollegialer Zug ging. Die Oppositionsredner betonten von Anbeginn bis Ende des Verbandstags immer wieder: Eine Zerstörung unserer Organisationseinheit wollen wir nicht! Damit war die Verständigungsbasis verhältnismäßig leicht gegeben und von den ursprünglich 58 Delegierten, die sich auf die Resolution Hertel vereinigten, fielen im Lauf der weiteren Tagung doch viele insofern ab, als sie bei der Wahl des neuen Vorstandes es für geraten hielten, sich beim 1. Vorsitzenden mit weichen Stimmzetteln zu begnügen, die noch dazu auf 29 zusammenschrumpften.

Es ist ja auch bei Licht betrachtet weder an der gewerkschaftlichen Taktik, noch an den gewerkschaftlichen Kriegsmahnahmen unseres Verbandes irgend etwas Mennenswertes anzusehen worden.

Die klar Bahn aber für die weitere Haltung der „Gewerkschaft“ sowie des Vorstandes ist durch die Resolution Paeplov vom Nürnberger Gewerkschaftskongress vorgezeichnet. Auf dieser Basis können wir uns alle vereinigen, ganz gleich ob S. B. D., U. S. B. D. oder A. B. D. (Arbeitertum muß werden im sozialistischen Geist, die engere Parteirichtung aber ist Sache jedes einzelnen in seiner Parteiorganisation. Dort mag er sich nach Herzenslust so oder so betätigen, in die Gewerkschaften gehört der Parteistreit nicht hinein!)

Befolgen wir auch nur annähernd diesen Grundlag, so ist uns um die dauernde Geduldlosigkeit unserer wirtschaftlichen Organisation nicht bange, und alle Unferne der Meinungsabgrenzen, aber auch alle hämischen Glossen der uns feindlich Gesinnten über unseren Vnderstreit können uns nicht irremachen. Als dieser Tage im Berliner Stadtparlament unsere Nürnberger Tagung von „christlicher“ Seite gehalten sollte, um unsere gegenseitige Untoleranz zu beweisen, konnten wir mit Zug und Recht diesen armen christlichen Schwächer entgegenhalten: Wir sind sehr zufrieden und stolz auf Nürnberg, denn der brüderlich-sozialistische Geist wachte bei allen Auseinandersetzungen durch diese Tagung, und wenn die „Christen“ und „Hirsche“ (Die sich ausgesprochen über unseren „Terrorismus“, beklagten!) von diesem Geiste keine Spur aufweisen und verständnislos unserem heiligen Eifer für die Arbeiterklasse und ihre beste und schnellste Durchführung gegenüberstehen, so nimmt uns das allerdings wenig Wunder. Da gilt noch immer das „A u f s t“ - Wort:

„Wenn Ihr's nicht fühlt, Ihr werdet's nicht erjagen,
Wenn es nicht aus der Seele dringt,
Und mit unkräftigem Besagen
Die Herzen aller Hörer zwingt,
Doch werdet Ihr nie von Herz zu Herzen schaffen,
Wenn es Euch nicht von Herzen geht.“

Nun noch einiges zu unseren Finanzen. Die Beschlüsse des Verbandstages treten erst am 1. Januar 1920 in Kraft, soweit die Beitragserhöhung in Betracht kommt.

Singegen wird die Gehaltsregelung ab 1. Juli 1919, die Neueinstellung neuer Kräfte, Erhöhung von Druck-, Agitations- und sonstigen Kosten schon jetzt erhebliche Anforderungen an unsere Kassenverwaltung stellen. Immerhin verbleibt bei der glänzenden Mitgliederentwicklung ein beträchtlicher Ueberschuß, den wir aber auch benötigen, da später — wenn erst die 52wöchige Karenz bei den neuangeworbenen Handwerkerleuten erreicht ist — ungeheure Anforderungen an unsere Finanzen gestellt werden. Wir müssen auch bei gesunder Finanzentwicklung pro Kopf anstatt 6 bis 10 Mk. einmal 60 bis 100 Mark Vermögensquote aufweisen können, denn es treten möglicherweise Zeiten an uns heran, die für Kampf- oder Abwehrzwecke gewaltige Anforderungen stellen. Hinzu kommt die starke Entwertung des Geldes, an die wir alle uns immer noch nicht recht gewöhnen können und die auch hierbei berücksichtigt werden muß. So läßt sich zusammenfassend sagen: Wir müssen überall im Verbandsleben möglichst stark und gewissenhaft wirtschaften, damit wir für alle Fälle hinreichend gerüstet sind! Soweit wir es bis jetzt erkennen können, wird sich unsere Finanzlage dauernd bessern, und wenn nicht die jetzt vielfach besürchtete „Gesamtleite“ des deutschen Wirtschaftslebens kommt, dann besteht die berechtigte Hoffnung auf starke Konsolidierung unserer Finanzen.

Was weiter die Redaktion anbelangt, so scheint uns die schwerste und sensiblen Periode bereits vorüber. Wir sind gewillt, mit Toleranz und im brüderlichen Geist am gemeinchaftlichen Ziel, dem Sozialismus, zu wirken. Jeder, der wirklich etwas Neues und Anregendes zu sagen weiß, mag in unserer Tribüne zu Wort kommen. Immer soweit es sich um die wirtschaftlichen Probleme und Interessen handelt. Der Parteienstreit — darin mag unser Verbandsvorsitzender leider Recht behalten — gehört den Parteien! Wir alle könnten uns wohl denken, es gebe eine weit bessere Lösung, für die wir in der politischen Arena kämpfen: die Wiedervereinigung der heute feindlichen sozialistischen Kräfte! Aber die Anstrengung dafür sind gegenwärtig recht gering, und so verbleibt uns nur die Aufgabe, den Brand von unseren wirtschaftlichen Organisationen fernzuhalten, oder, wo er schon schwelt, ihn abzdämmen!

Es scheint übrigens, als seien wir auch allgemein über die allergrößtmöglichen Nutzträglichkeiten hinweg. Denn die Vorgänge in unserer Berliner erweiterten Versammlung wie auch in der Generalversammlung lassen doch klar erkennen, daß die sachlichen Gesichtspunkte maßgebend sind. Es wurde nicht nur eine sehr sachliche Berichterstattung vom Verbandsrat durch Kollegen Eißig (Opposition) gegeben, sondern einstimmig wurde auch die gemeinchaftliche Liste der Wähler zum Verbandsvorstand gewählt, so daß sich die vorgezeichnete Urwahl erledigte.

Es liegen uns eine Anzahl „Symptome“ vor, die darauf schließen lassen, die Tarifverträge würden noch immer nicht genügend gewürdigt! Zwar hat Kollege Seemann auf dem Verbandstag in ausführlicher und eindrucksvoller Weise alle Gründe dargelegt, die uns bestimmen müssen, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben auch seit Jahren in der „Gewerkschaft“ unsere Kollegen über dieses wichtige Organisationsgebiet informiert. Dennoch bleibt viel zu tun. Und es wäre vielleicht erwägenswert, ob nicht die größeren Filialen neben sonstigen gewerkschaftsversicherischen Fragen auch die Tarifverträge in besonderen Vortragskurien behandeln lassen von Sachkundigen. Auch unsere Gauleiter werden — trotz der ihnen überall fehlenden Zeit — mit Material über die Fortentwicklung dieser Frage versehen werden müssen.

In nächster Zeit wird auch die Broschüre über die Sozialisierungsbestrebungen sowie das Betriebsratsgesetz erscheinen. Es ist zu hoffen, daß die Kollegen im Lande diesen Fragen das gleiche rege Interesse entgegenbringen, wie das unverkennbar die Delegierten in Nürnberg diesen Referaten zeigten.

Unsere internationalen Verbindungen werden am

20. Oktober in Amsterdam erneut besetzt und auf geeignete Grundlagen gestellt werden. Unsere holländische Bruderorganisation, die sich demnächst durch weitere Verschmelzungen zu der relativ großen Organisation von 30 000 auszuwachsen dürfte, erscheint uns durch ihren Vorsitzenden van Hinte denkbar geeignet zum Wiederaufbau und zur planmäßigen gedeihlichen Weiterarbeit der Internationale.

Ganz ohne die persönliche Note ist auch der Nürnberger Verbandstag nicht ausgefallen. Zwar blieb bis zum letzten Tag wohl für keine gewöhnlichen Delegierten und Teilnehmer Zeit, sich überhaupt mit der Vorstandswahl irgendwie zu befassen. Als aber wider manchen Erwarten dann an Stelle des vorgeschlagenen Koll. Marose der Koll. Müntner als 2. Vorsitzender mit Zweidrittelmehrheit gewählt wurde, gab es durch die Ablehnung des Kollegen Marose als Sekretär doch noch einen kleinen Zwischenfall. Die Ausführungen Maroses über „dunkle Mächte“, wie auch eine in Hannover angenommene Resolution deuteten auf „Schiebungen“ hin, die darin bestehen sollten, daß Müntner erklärt habe, er würde als Sekretär nicht annehmen. Da diese und ähnliche Behauptungen von Marose auch in Berlin erhoben wurden, ist die Geschäftsleitung sowie der Verbandsvorstand in eingehendster Weise (unter Hinzuziehung von Zeugen usw.) diesen Dingen nachgegangen und hat einwandfrei festgestellt, daß das ganze Gerede jeglicher Unterlage entbehrt! Wie zuvor ist auf einem Verbandstage so wenig Zeit und Möglichkeit gewesen, irgendwelche Besprechungen über Personenfragen vorzunehmen, weil der Nichtungsfreie und die sachlichen Dinge die Delegierten voll auf Anspruch nahmen.

Es hieße auch die Delegierten in unerhörter Weise herabsetzen, wenn man von ihnen annehmen wollte, sie hätten sich von anderen als sachlichen Gesichtspunkten bei der Wahl des 2. Vorsitzenden leiten lassen.

So bedauerlich es ist, daß dieser Mißklang überhaupt gekommen ist, man wird ihn wohl als „letzten Ausläufer“ der früheren Verbandstage bezeichnen können.

Wir stellen bei dieser Gelegenheit erneut fest (was schon in Nürnberg gesagt wurde), daß seit Hamburg, im Verlauf der letzten fünf Jahre also, sich irgendwelche persönliche Differenzen in unserem Verbandsverbande nicht gezeigt haben. Heute sind sie u. G. auch durch die Fülle der täglichen Arbeit, die jeder Funktionär tagtäglich zu leisten hat, schon so gut wie unmöglich.

Da Kollege Weiß-München den Sekretärposten nachträglich nicht annehmen wollte, hat Kollege Seemann im Auftrage des Verbandsvorstands in München selbstvermuthet, den Kollegen Weiß zur Annahme zu bewegen. Es gelang ihm zwar, die auch dort ausgebreiteten Gerüchte zu widerlegen und Klarheit zu schaffen, aus örtlichen Gründen blieb jedoch Kollege Weiß bei seiner Weigerung. Infolgedessen erfolgt im „Verbandsrat“ die Auszeichnung der Stelle, auf die wir auch hier nachdrücklich verweisen.

Wenn wir abschließend noch ein zusammenfassendes Urteil über unsere Nürnberger Tagung abgeben sollen, so mag es dahin lauten: Unter Verbandstag hat in sachlicher Schwärze notwendige parteipolitische Auseinandersetzungen gebracht, die man aus der Not dieser Zeit verstehen muß. Wir alle haben von der Novemberrevolution größere wirtschaftliche Fortschritte für die Arbeiterklasse erhofft. Nun, da wir etwas ernüchert sind, sucht man nach „Schuldigen“. Der besonnenere und gewissenhafte Gewerkschaftler aber hält sich nicht dauernd bei diesem Schuldbema auf, sondern fordert von sich und allen seinen Kollegen: Genug der Rückwärtsbetrachtungen! Vorwärts den Blick! Es gilt die Schulung und gewerkschaftliche Erziehung all der Hunderttausende Neugewonnener. Eine Riesenaufgabe wächst empor und trotz der trüben Zeiten, die uns als Kriegsfolge auf Jahr und Tag beschiden sein mögen, rufen wir den alten wie den neuen Kämpfern für eine freie Menschheit zu: Die Herzen hoch!

Es ist eine Lust, den geistigen Kampf zu führen!

Betrachtungen über das Taylorssystem.

(Schluß.)

III. Der Arbeiterschaft ist es also mit Hilfe ihrer starken Gewerkschaften gelungen, sich bisher das Taylorssystem fernzuhalten. Sollten aber damit die großen Vorteile dieses Systems für alle Zeit begraben sein, oder soll es nicht doch möglich sein, diese der Weltwirtschaft zugänglich zu machen? Taylor selbst verlangt als eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen für erfolgreiche Einführung seines Systems das beste Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Arbeiter. Der Arbeiter muß hier absolut freiwillig sein Vorgesetztem, was er an Arbeitskraft besitzt, in den Dienst der Sache stellen; sobald irgendwelcher Zwang angewendet werden muß, ist es mit dem Erfolge vorbei. Ein solches Einvernehmen ist aber einfach ein Umling, weil eben bei der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise sich die beiden Faktoren, Unternehmer und Arbeiter, in ihren eigenen Interessen diametral gegenüberstehen. Zwischen beiden wird es nie die dauernde Übereinstimmung geben, welche das Taylorsystem unbedingt als Lebenselement braucht, sondern nur immerwährender Kampf mit gelegentlichen Pausen.

Nun ist aber gar nicht gesagt, daß das Taylorsystem eine unabänderliche, unbedingt feststehende Arbeitsform sei; im Gegenteil: Taylor selbst will nichts von der Bezeichnung „System“ wissen, weil es eben gar kein „System“ sei, sondern eine Arbeitsweise, mit deren Hilfe Kraft, Zeit und Material gespart werden soll. Um das zu erreichen, sind die von Taylor und seinen Mitarbeitern festgelegten Regeln und Anweisungen nur als Richtlinien zu betrachten, deren Vervollkommenung und Anpassung an die jeweiligen Anforderungen er im Sinne erfolgreicher Anwendung unbedingt als obersten Grundsatz ansieht, nach dem Sprichwort: „Eins schiedt sich nicht für alle.“

Taylor und seine Mitarbeiter haben ihr Augenmerk bei der praktischen Anwendung ihrer Arbeitsform nur auf den Nutzen des Unternehmers gerichtet, und deshalb konnte sich diese gegen den Kampf der Arbeiter nicht halten. Soll sich das Taylorsystem einführen, dann muß es auf den Nutzen der Allgemeinheit zugeschnitten sein; jegliche privatkapitalistischen Interessen müssen aus dem betreffenden Betriebe ausgeschaltet werden, und die Arbeiter müssen die Ein- und Durchföhrung aus eigener Initiative übernehmen.

Kurz gesagt: die Einführung des Taylorsystems ist für die Arbeiterschaft nur in sozialisierten Betrieben möglich, in denen sie das relative Alleinbestimmungsrecht über Produktion und Arbeitsbedingungen besitzt, damit sie die Garantie haben, daß auch ihnen der entsprechende Prozentsatz der zu erzielenden Vorteile zufließen muß. Diese Vorteile dürfen aber bei allgemeiner Einführung weniger in dem Mehrverdienst des einzelnen sich offenbaren, als vielmehr in bedeutenden Arbeitszeitverkürzungen viellecht auf vier, drei oder auch zwei Stunden täglich. Denn es muß doch mit einer ziemlich feststehenden Verbrauchsmenge aller Produkte in der Weltwirtschaft gerechnet werden, zu deren Herstellung die Weltproduktion bisher täglich acht bis zehn Stunden tätig war. Schafft nun diese mit Hilfe des Taylorsystems in Zukunft das durchschnittlich Vierfache in derselben Zeit, so muß selbstverständlich die Arbeitszeit so bemessen werden, daß nicht das Vielfache des wirklichen Bedarfs hergestellt wird und dadurch haltlose Zustände auf dem Weltmarkt geschaffen werden und große Materialverluste entstehen, sondern nur das Nöthigste des Weltverbrauches gedeckt wird, was in oben angegebener Arbeitszeit möglich wäre. Diese Verkürzung hätte dann zur Folge, daß der Arbeiter nicht körperlich mehr angestrengt würde als unter dem alten Arbeitssystem, sondern weniger; also nicht mit vierzig Jahren abgearbeitet wäre, sondern diese zwei oder vier Stunden tägliche Arbeit, bei sonst gesunder Lebensführung, viel eher als Muskelsport betrachten würde, dem er sich mit Lust und Liebe hingibt.

Ebenso liegen die Verhältnisse auf geistigem Gebiet. Es soll hier bloß der Betrieb einer Maschinenfabrik nach dem Taylorsystem erörtert werden. Nicht weniger als acht Spezialmeister überwachen hier die Tätigkeiten des einzelnen Arbeiters: Der erste hat dem Arbeiter die Zeichnungen und Instruktionen zu erklären und für sachgemäße Anwendung Sorge zu tragen. Der zweite zeigt ihm wie das Arbeitsstück am besten und schnellsten auf der Maschine zu befestigen ist und lehrt ihn, wie er alle seine Bewegungen am besten und idemäßig ausführt. Nächst sind die Anzeigen der anderen sechs Meister. In Wirklichkeit sind diese acht Meister aber weiter nichts als eine fabrikspezifische schimmelter Sorte, welche jede selbständige geistige Meinung des Arbeiters unterdrücken.

Diese acht Meister würden in einem sozialisierten Betriebe vollständig überflüssig, außer etwa für Lehrzwecke, weil der persönliche Nutzen und Ehrgeiz es mit sich bringen würde, daß jeder auch

den wissenschaftlichen Teil der Arbeit, soweit er durch die Meister geleistet wird, aneignet. Dazu gehört energisches Lernen und Fortbildung. Sieht der Arbeiter aber erst den handgreiflichen Vorteil dieser Bemühungen, dann lernt er freiwillig und stellt das Erlernen ebenso freiwillig sehr viel nachdrücklicher in den Dienst der Sache, als das im anderen Falle durch irgendwelche Druck- und Kontrollmittel erreicht werden kann.

Das Problem des Taylorsystems auf sozialistische Basis gestellt, bietet aber zu seinem Ausbau unererschöpfliche Möglichkeiten geistiger Betätigung für die Arbeiterschaft. Ihr wird es vorbehalten sein, es aus seinen, für das erwerbstätige Volk unbrauchbaren kapitalistischen Anfängen, für die Allgemeinheit immer segensreicher umzugestalten.

Die sozialistische Basis für das Taylorsystem würde demnach außer großen Vorteilen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit auch eine ganz bedeutende Hebung der geistigen Betätigung des Volkes unausbleiblich zur Folge haben, was im weiteren Verlauf den fortschreitenden Kulturaufstieg der Massen ohne weiteres garantiert.

Deshalb wäre es gut, wenn wir uns nicht ablehnend beiseite stellen und warten, bis sich die Angelegenheit schließlich über unsere Köpfe hinweg zu unserem Schaden entwickelt, denn eine Entwicklung kommt auf alle Fälle, so oder so, sondern, daß wir diese Entwicklung von vornherein in die Hand nehmen und leiten. Und zwar dürfen Versuche mit dem Taylorsystem nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Gewerkschaften und unter ihrer dauernden Kontrolle nur in solchen Betrieben vorgenommen werden, welche mit Privatkapitalismus nichts mehr zu tun haben, und gewissermaßen als sozialisiert anzusehen sind. In solchen Betrieben müßte sobald als möglich daran gegangen werden, einen starken Stamm Lehr- und Arbeitspersonal nach dem Taylorsystem heranzubilden. Dann dann mit der Sozialisierung begonnen werden, so ist ein Betrieb nach dem anderen mit diesen Leuten zu besetzen und der Erfolg brauchte nicht ängstlich abgewartet zu werden, sondern wäre gesichert.

Das Streben der Arbeiter ist auf weitgehende Sozialisierung gerichtet. Soll aber die sozialistische Wirtschaftsform Bestand haben, dann muß nicht nur der Arbeiter in dem umgewandelten Betriebe den Vorteil für sich sofort greifen können, sondern auch die Allgemeinheit muß durch die Macht der Tatsachen von dem Nutzen überzeugt werden.

Nicht das ideale Gerechtigkeitsmoment des Sozialismus aus sich heraus wird uns die Sozialisierung bringen, sondern der reale Gewinn an derselben wird ihr zum Siege verhelfen; diese realen Gewinne lassen sich aber ohne weiteres durch eine sinngemäße Vereinigung von Sozialisierung und Taylorsystem erreichen. In diesem Sinne angewandt, wird sich dann auch das Taylorsystem wie alle großen wirtschaftlichen Neuerungen nicht als Schädling der Arbeiter erweisen, sondern es wird ebenso wie jene dazu beitragen, ihren weiteren kulturellen Aufstieg zu fördern.

1 Mark = 15 Pfennige.

In einer Klauerei unter dem Strich finden unsere Leser eine Erklärung über den Begriff „Valuta“. Im nachstehenden soll nun der ungeheure Tiefstand des gegenwärtigen Marktkurses gezeigt und unterjucht werden, welche Maßnahmen zur Besserung führen. Wir folgen hier in der Hauptsache den Ausführungen der „Magdeburger Volkstimme“:

Die Reichsmark ist auf den siebenten Teil ihres ursprünglichen Wertes gesunken, und es ist nicht abzusehen, wann und wo diese rückgängige Bewegung ihr Ende erreicht. Möglicherweise kommen wir noch zu russischen Zuständen, zu einer Verwertung des Papiergeldes nach Gewicht! Wir sind also mitten in einer inflationären Wirtschaft, wie sie die große französische Revolution zeitigte. Genau genommen, besitzt jedoch unser Zwangspapiergeld noch weniger inneren Wert als die Assignaten. Denn diese waren doch wenigstens auf den freilich nicht festgelegten Wert der konfisziierten Nationalgüter gegründet, auf was aber gründet sich denn noch unser Zwangspapiergeld? Optimisten mögen sich damit trösten, daß ein Paar gewöhnliche Stiefel heute nur 150 Mk., in vier Wochen wahrscheinlich 300 Mk. kosten, während im Jahre 1795 der Preis dafür in Paris 20000 Lire betrug. Wenn wir so weiter treiben, können wir es ja noch auch nach dahin bringen.

Warum es so weit mit uns gekommen ist, hat vielerlei Ursachen, die aber allesamt einer Quelle entspringen: dem verlorenen Kriege. Zu dieser zurückliegenden Hauptursache kommen noch näherliegende, aber immer aus ihr entspringende Nebenursachen.

Da ist einmal der „freie Handel“, zu dem nicht nur der „ehrbare Kaufmann“, sondern auch das Herz der Klein- und Großhändler, der Schleikhändler und die Hofbanking behäufnisse auf den Sie alle haben den Abbruch der Friedenswechselungen und die Verhältnisse in den besetzten Gebieten des Westens dazu benutzt, durch das „große Loch“ am Rhein nach Deutschland höchst überflüssige Dinge hereinzubringen, die unsere Zahlungsbilanz, also das Verhältnis unserer Forderungenrechte zu unseren Verpflichtungen so ungünstig gestalten. Hunderte von Millionen sind für Kaffee, Kaffeebohnen, Orangä, Schokolade, Toilettenseifen und andere leicht entwertete Dinge, besonders aber für ebenso schlechte wie teure Zigaretten ins Ausland gewandert. Denn das deutsche Volk hat in seiner Arbeit alle Selbstkraft verloren, weil es den durch den Ernst seiner Lage noch nicht begriffen hat.

Wer aber geäußert hat, die Hofbanking würde unserer Regierung vielleicht weniger aus „politischen“ als aus Gründen wirtschaftlicher Einsicht zur Seite stehen, der hat sich gründlich getäuscht. Unsere Großbanken haben das Großhändlerum so kräftig unterstützt, daß ihnen in dieser Hinsicht nichts mehr zu tun übrig bleibt. Dazu wird nicht nur in neutralen Ländern heftig à la Vaise, d. h. auf das Enten des Marktes spekuliert, sondern auch auf deutschen Börsen. Und die Kapitalrückführung, haben ihrerseits durch Überfüllung des Angebots von deutschem Papiergeld an fremden Börsen in gleicher Richtung gearbeitet.

Der Regierung aber kann man ebenfalls den Vorwurf nicht ersparen, durch verfehlte und unterlassene Maßnahmen den Abbruch der Marktschließung zu haben. Zu den verfehlten gehören: die Anstündigkeit der nicht ausgeführten Abkämpfung der Noten und die plötzliche Aufhebung der Devisenordnung. Durch ersteres wurden die Papiergeldämter der neutralen Länder veranlaßt, sich ihres Vorrats schnell zu entäußern, besonders wenn sie ihn zwecks Steueränderung angeammelt hatten, und letzteres setzte die Einfuhrsicherer und Schleikhändler in den Stand, sich ganz der so lange vermischten „Freiheit“ der Auswanderung zu erfreuen.

Unter Devisen versteht man die zum Ausgleich der Zahlungsbilanz benutzten, an den Börsen kursmäßig gehandelten internationalen Wechsel, die unter der Kontrolle der Reichsbank standen. Anfolge der plötzlichen Aufhebung dieser Kontrolle konnten dann die Devisen als einziges internationales Zahlungsmittel ihre Funktion „frei“ erfüllen und der Marktes stand völlig unerschützt in der Welt. Viel hätte geschehen können, um den Verfall der Marktes seit dem November 1918 aufzuhalten. Das wichtigste Mittel, durch eine kräftige und schnelle Welterneuerung der Kriegsgewinne und Vermögen die Aufblähung unserer Zahlungsmittel einzuschränken, ist bis heute noch nicht angewandt worden. In dem Augenblick, wo die umlaufenden circa 50 Milliarden Papiergeld mit ein Viertel oder ein Drittel reduziert werden, steigt das Vertrauen in den Wert der Marktes und sinken die Lebensmittelpreise. Dazu kommt noch, daß durch eine derart energisch vorgenommene Welterneuerung die Reichsfinanzverwaltung nicht gezwungen gewesen wäre, ihre Bedürfnisse durch die Notenpreise zu decken. Außerdem ließe man sich, wie das von anderer Seite geschieht, nicht damit trösten, daß auch die Valuta der anderen europäischen Länder gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan gefallen sei. Das ist keineswegs in dem gleichen Maße der Fall. So stand der Kurs der Reichsmarktes Mitte September unter der Parität (dem normalen Verhältnis der Friedenszeit) in New York, dem heutigen Weltmarkt des Geldes, um 55,5 Proz., in der Schweiz 84 Proz., in Japan um 86 Proz. Das englische Pfund war dagegen in New York nur 15 Proz., in der Schweiz 9 Proz., in Japan 14,5 Proz. Für die gleichen Länder verlor der französische Franc allerdings auch 53, 39 und 40 Proz., hand also immer noch wesentlich höher als die Marktes, deren Stand nur 15 Proz., also nur 1/3 betragen. Die Beobachtung der Wechselkurse liefert so wichtige Resultate wie die des Barometers, weil sich in ihnen alle Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens bemessen lassen.

Wenn jetzt noch etwas geschehen soll, um uns vor dem drohenden Staatsbankrott zu retten, so könnte es nur in dem radikalen Vollzug des Reichsnotopfers und der übrigen Energie sowie in der Einjahresrechnung geschehen. Schnelles und energisches Zugreifen ist aber notwendig.

Der Verein für Sozialpolitik,

eine im Jahre 1872 von Professor Schmoller und anderen gegründete Vereinigung sogenannter Kathedersozialisten, hielt vom 15. bis 17. September in Regensburg seine erste Generalversammlung nach dem Kriege ab. Die letzte hatte 1911 in Nürnberg stattgefunden.

Den hauptsächlichsten Beratungspunkt bildete das Problem der Sozialisierung.

Professor Leder gab eine Erläuterung des Begriffs „Sozialisierung“. Der Wille, Sozialismus zu machen, trat im älteren Sozialismus stärker hervor, während der wissenschaftliche Sozialismus die Sozialisierung als einen sich selbst vollziehenden Prozeß betrachtete. Heute seien zwei Strömungen vorhanden. Der Bolschewismus ist durchaus voluntaristisch und aus elementarsten Instinkten erwachsen, während der wissenschaftliche Sozialismus nach wie vor den entwicklungsindividuellen Standpunkt vertritt. Das Unterscheidungsmerkmal zwischen beiden liegt in der Auffassung der Rolle der politischen Gewalt, die diese bei der Sozialisierung spielt. Der wissenschaftliche Sozialist leugnet den Einfluß der Gewalt nicht; er erklärt jedoch, daß viele heute den Sozialismus nicht wollen, sei nicht Zufall, sondern ökonomische Notwendigkeit. Daß die Gewalt auf Schwierigkeiten stößt, zeige der Bolschewismus. Seine erste Phase sei der Konsumkonsumismus, der die Grundlagen der Produktion nicht zu ändern vermag, da er auch nur annähernd seine Gleichheit des Einkommens herbeiführen kann, sondern der Produktionssozialismus, der vor allem die landwirtschaftliche Erzeugung umgestalten wollte. Aber auch hier hat der Bolschewismus versagt. Auf industriellen Gebieten habe er die Fabriken in die Hände der Arbeiter gegeben und dadurch die Produktion gerettet. Aus den Resultaten des Bolschewismus ergebe sich, daß eine Sozialisierung in einem einzigen politischen Akt in ihrer ganzen Breite nicht möglich sei.

Von diesen primitiven Methoden abgesehen, sei die Verwirklichung des Sozialismus auf zwei Wegen denkbar, einmal durch Schaffung einer zentralen Organisation an zentraler Stelle, die nur in einer hochentwickelten Gesellschaft möglich sei. In Rußland und Ungarn suchte man durch Lohn- und Preispolitik zu erreichen, was mangels einer Organisation nicht erreicht werden konnte. Es waren die Methoden eines isolierten Sozialismus. Der andere Weg bildet die allmähliche Sozialisierung nicht in einem Akt, sondern durch ein Entlein von Maßnahmen, die erst eine Organisation herbeiführen sollen. Dieser Weg komme für die westlichen Länder Europas vor allem in Frage.

Die erste dieser Maßnahmen sei die Einführung der industriellen Demokratie, die an der Gewerkschaftsmethode anknüpft. Durch die gesetzliche Regelung der Betriebsräte sei zum ersten Male der Betrieb als soziale Einheit anerkannt, abweichend von der Auffassung der Gewerkschaften, die auf den Verfall eingestellt sind. Durch die Betriebsräte sei ein Gegengewicht gegen die Mechanisierung der Arbeiter durch das Fabrikssystem gegeben.

Eine zweite Maßnahme sei die Vermögensabgabe, die große Anteile des Volkvermögens in die Hände des Staates überführe. Sie berühre sich mit dem System der Vermögensumschichtung. So wichtig diese beiden Maßnahmen seien, so ändern sie noch wenig am System des Kapitalismus. Der Sozialismus beginne erst mit der Durchorganisation der einzelnen Wirtschaftszweige, wie sie die deutsche Sozialisierungskommission für die Arbeiterbewirtschaftung forderte und wie sie in Österreich durch die Gesetzgebung für Kohle, Eisen und Kräfte vorbereitet worden sei.

Der Redner erörterte sodann den Begriff der sozialistischen Waise. Nicht der Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung eines Wirtschaftszweiges sei der Maßstab für die Sozialisierung, sondern die Möglichkeit der Beherrschung desselben in allen Beziehungen durch die Gesellschaft. Die erste Vorbedingung für die Sozialisierung sei die Befreiung der Arbeitskraft zur Steigerung des Wirtschaftseffektes. Die Bedeutung des Produktionsleiters dürfe nicht vermindert, sondern müsse gegenüber der kapitalistischen Produktion eher erhöht werden. Die kapitalistischen Kartelle parieren auch schwächeren Betrieben die Existenz. Der Sozialist müsse dagegen rücksichtslos rationalisieren, deshalb müsse der Leiter völlig freie Hand haben, die Organisation mit souveräner Macht durchzuführen.

Zum Schluß erörterte der Referent die Frage, ob eine gewisse Verbindung von Kapitalismus und Sozialismus möglich sei. Der Kapitalismus habe schon vor dem Krieg mit gewissen Wirtschaftsplänen gearbeitet. Der marxistische Organisationsgedanke habe sich dort bereits bemerkbar gemacht. Ein solcher Wirtschaftspläne könne zu einem anderen Plan umgeformt werden, der vorzuziehen sei, was, wie und nach welchen Ideen produziert werden soll. Eine solche Umformung sei möglich. Produktionsgenossenschaften führen nicht zur Sozialisierung. Erst durch Verbindung allgemeiner Maßnahmen (wie Betriebsräte und Vermögensabgabe) mit speziellen

Maßnahmen (Durchorganisierung der einzelnen Wirtschaftszweige) sei die Möglichkeit der Sozialisierung gegeben.

Der Korreferent Dr. Vogelstein wunderte sich darüber, daß in Deutschland, dem Geburtslande des wissenschaftlichen Sozialismus und dem Land der stärksten sozialdemokratischen Partei, bis zum 9. November 1918 ein Sozialisierungsplan gefehlt habe. Man freute sich der Gewerkschaften und Konsumvereine und im übrigen der freien Konkurrenz und stritt sich höchstens über Krisen- und ähnliche Theorien. Der Redner hielt eine Verständigung zwischen wissenschaftlichen Sozialisten und nichtsozialistischen Wissenschaftlern sehr wohl für möglich. Dagegen spottete der Redner über die ethischen religiösen Sozialisten, wie Mathenau u. a., da es eine seltsame Angelegenheit sei, eine neue Form des Zusammenlebens der Gesellschaft zu propagieren. Etwas anderes sei es, ob man sich in einer Gesellschaft mit begrenzten und geringeren Wirtschaftsverhältnissen nicht wohler fühlen könne, als in einer solchen mit freiem Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Sozialisierung sei die Produktivität.

In technisch-organisatorischer Beziehung gelte noch immer das Marx'sche Produktionsgesetz, daß die Betriebsgröße allein noch keine Produktionsüberlegenheit gewähre, sondern daß diese sich innerhalb gewisser Grenzwerte bewege. Maßgebend sei ferner die Beherrschung der Marktverhältnisse. Vor dem Kriege war ein großer Teil der deutschen Industrie (über 50 Proz.) auf den Export eingestellt. Das dürfe nicht übersehen werden, der sozialisierte Wirtschaftszweig könne einen idealen Wirtschaftsleiter nicht entbehren. Diese Personlichkeit zu finden, sei eine der Utopien unseres optimistischen Zeitalters. Der preussische Geheimrat sei dazu nicht fähig. Alle bedeutenden Männer hätten sich gegen die Bureaucratie durchsetzen müssen. Die Sozialisten seien ihm in mancher Beziehung unverständlich. Sie akzeptieren den Kapitalismus und erkennen auch einen Gewinn für die Tätigkeit des Unternehmers an; mit desto größerer Parteilichkeit legten sie die Krante an; In seinen Schlussausführungen beschäftigte sich der Redner mit dem Standpunkte der deutschen Sozialisierungskommission und beantragte eine Kundgebung des Vereins für Sozialpolitik für die baldige Veröffentlichung der Ergebnisse der Verhandlungen dieser Kommission.

In der Debatte setzte sich Chefredakteur Dr. Adolf Braun, M. d. R., mit dem Korreferenten auseinander. Er wies dessen kritische Angriffe auf Marx und die Sozialisten zurück. Aus Einzelerscheinungen, die niemand gefallen, könne man nicht folgern, daß Marx' Lehren falsch seien, sondern höchstens sagen, daß Marx den Krieg nicht vorausgerechnet habe. Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Blanquismus bestehe auch heute noch. Man habe in der Sozialisierung nie das Allheilsmittel gesehen, das an jedem Krankenbett und in jedem Fieberzustand verordnet werden könne. Zugabe, daß es kein festes Sozialisierungsprogramm gebe, auch die Kommunisten hätten kein solches, aber es fehle eben an jeder Voraussetzung für die sichere Beurteilung der Wirtschaftslage. Der Redner schloß sich dem Wunsch Dr. Vogelsteins nach baldiger Veröffentlichung der Materialien der Sozialisierungskommission an, wünscht aber auch die baldige Herausgabe der beiden Referate dieser Tagung.

In der weiteren Aussprache wurde das Sozialisierungsproblem nach den verschiedensten Seiten hin erörtert. Dr. v. Wiese behauptete, daß die Minderwertigkeit der Gemeinwirtschaft doch erwiesen sei. Man könne sich leicht einigen in der allgemeinen Verantwortung einer Steigerung des Produktionseffektes. Dr. Rothhoff bezweifelte, daß mit dem heutigen Rechenmaterial eine sozialer Staat gemacht werden könne. Deshalb müsse eine Erziehung der Arbeiterschaft durch Demokratisierung der Wirtschaft vorangehen. Dr. v. Gottl sprach sich scharf gegen das Taylor System aus. Genosse Umbreit empfiehlt dem Verein für Sozialpolitik eine wissenschaftliche Untersuchung der Ergebnisse der sog. wissenschaftlichen Betriebsführung in Deutschland (nach Art der amerikanischen Untersuchungskommission), wozu die Gewerkschaften gerne tatkräftige Beiträge leisten würden. Prof. Wilbrandt wies auf die Gefahr der Massenauswanderung hin und forderte eine energische Sozialisierung der Landwirtschaft. Kaufmann trat für die Demokratisierung der Wirtschaftskontrolle durch die Angestelltenräte ein. Professor Bruck erkannte den einzigen aussichtsvollen Weg der Sozialisierung in der Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens, während Dr. Vog den Sozialismus ablehnte und für das alte Programm des Vereins für Sozialpolitik, die Sozialreform, eintrat.

Rus Politik und Volkswirtschaft

Keine Warenhaussteuer mehr für Konsumvereine. Bisher mußten in Preußen die Konsumvereine bei Ueberschreitung eines gewissen Umsatzes befürchten, zu der sehr erheblichen Warenhaussteuer herangezogen zu werden, und zwar für den Gesamtumsatz, wenn sie gewisse warenhaussteuerpflichtige Waren führten. Das war sehr lästig, da es sich vielfach um Gegenstände handelte, die namentlich in kleineren und mittleren Orten sehr häufig vorkommen. Nach langjährigen vergeblichen Bemühungen ist es jetzt gelungen, in der preussischen Landesversammlung am 17. Juli d. J. die Aufhebung dieses ungerechten Zustandes herbeizuführen. Nachdem nunmehr das betreffende Gesetz mit Wirkung ab 1. April d. J. im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ist, sind die Konsumvereine mit ihrem gesamten Umsatz von der Warenhaussteuer freigelegt. Damit ist für die Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung die Bahn freigemacht.

Ein Konsumgenossenschaftliches Ererbe. Im nächsten Sommer wird der Konsumverein für Westerland und Umgegend weniger bemittelten Personen die Möglichkeit schaffen, in Westerland die Ferien zu verbringen. Der Verein, der vor zehn Jahren unter sehr schwierigen Verhältnissen gegründet wurde, hat in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung genommen, der es ihm ermöglicht, seinen Geschäftsbetrieb ständig zu erweitern. Er besitzt jetzt schon ein eigenes, im friesischen Stil erbautes Geschäftshaus, eine eigene Bäckerei, eine Mühle, eine Fischräuderei und ein Landgut mit Gemüsegärtnerei. In den letzten Monaten ging die Entwicklung des Vereins mit Riesenschritten vorwärts. An Umsatz erzielte er im März 28 678,31 M., im Juli 84 815,25 M. Die Betriebsmittel des Vereins sind ebenfalls ständig im Steigen. Die städtische Sparkasse hat dem Verein eine Hypothek von 100 000 M. zur Verfügung gestellt. Zur weiteren Stärkung des eigenen Kapitals ist beschlossen, den Geschäftsanteil von 90 auf 100 M. zu erhöhen. Diese Entwicklung gestattet dem Verein, an die Lösung neuer Aufgaben heranzugehen. Er baut augenblicklich ein großes Lagergebäude zum Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte, wie Sämereien, Kunstdünger, Maschinen und so weiter, sowie alle Arten Baumaterial, er richtet weiter eine Schlächterei, ein Kontorhaus, ein Lagerhaus sowie ein Café und Speisehaus ein, wozu fertige Gebäude angeliefert sind, die nunmehr umgebaut werden. Das Café und Speisehaus ist ein wundervolles, im Jahre 1858 erbautes Friesenhaus mit schönem Garten, das völlig renoviert und auch im Innern im friesischen Stil eingerichtet wird. In diesem Café und Speisehaus wird der Verein im nächsten Sommer solche Kurgäste billig verpflegen, die durch seine Vermittlung nach Westerland gekommen sind. Auch die Wohnungsvermittlung wird er in die Hand nehmen. Die Mitglieder des Vereins, 1033 an der Zahl, sind meistens Besitzer kleiner Häuser in Alt-Westerland, das etwa 15 Minuten vom Badeort entfernt liegt; im Sommer haben sie meistens ein bis zwei Zimmer zu vermieten. Diese wird sich der Verein zu festen Preisen an die Hand geben lassen und durch seinen eigenen Wohnungsnachweis an Kurgäste vermitteln. Im nächsten Frühjahr wird der Verein einen eigenen Badeprospekt herausgeben und an die Konsumvereine des Festlandes versenden. Die Genossenschaftler, die dann nach Westerland kommen, werden genossenschaftlich bewirtet werden, sie wohnen bei Genossenschaftlern, sie werden im Speisehaus des Konsumvereins verpflegt und alles, was sie genießen, sind genossenschaftliche Eigenprodukte. Gemüse und Kartoffeln stammen vom eigenen Landgut, Brot und Kuchen aus der eigenen Bäckerei, das Mehl aus der eigenen Mühle, das Fleisch aus der eigenen Schlächterei und die Räucherfische aus der Fischräuderei des Konsumvereins. Was die Kurgäste sonst gebrauchen, können sie im Geschäftshaus des Vereins zu angemessenen Preisen erhalten. Westerland gehört zu den heilkräftigsten und besuchtesten Nordseebädern, zeichnete sich bisher aber leider durch recht hohe Preise aus. Von der Einrichtung des Konsumvereins werden jedenfalls manche Genossenschaftler künftig gern Gebrauch machen. Es ist möglich, daß diese Entwicklung auch noch durch weitere Maßnahmen gefördert wird. Voraussetzung wird allerdings wohl sein, daß die demnächst stattfindende Abstimmung zugunsten des Verbleibens beim deutschen Vaterland ausfällt. In ausländische Badeorte wird künftig kein deutsches Geld mehr getragen werden können, weil wir eben jeden Pfennig im Inlande notwendig gebrauchen.

Staatsarbeiter

Wlogau. Am 19. September hatten sich die Postausheifer, die hier in unserem Verband organisiert sind, versammelt. Kollege Kubat berichtete über den 8. Verbandstag. Allgemein wurde über das geringe Entgeltkommen und Beständnis des Postdirektors Giese-Wlogau geklagt. Es wird abermals eine Tarifforderung eingereicht werden, um die niedrigen Gehälter, die trotz der letzten Tarifbewegung immer noch lange nicht an die Löhne der hiesigen Arbeiter heranreichen, aufzubessern.

◆ Theaterarbeiter ◆

Darmstadt. Die Arbeiter der Hessischen Landesbühnen verlangten Anfang September von der Hessischen Regierung eine Vorschlagsliste von 300 M. auf die vom Staat noch festzusetzende Winterbeschäftigungsbeihilfe. Die selben Verlangen, das die Stadt Darmstadt ihren Arbeitern sofort schon im August gerührt, wollte die Hessische Regierung nicht nachmachen. Es fanden Verhandlungen zwischen Organisation, Arbeiterkassier und Regierung statt, die ergebnislos verliefen. Den Vorschlag schloß der Finanzrat Waller ab, der als Regierungsbekannter (vom alten Staat noch) behauptete, daß Beschäftigungsbeihilfen nur den Staatsbeamten gewährt werden können. Unsere Vertreter gaben aber treffend die Stellungnahme hierzu kund und betonten, daß bei Nichtanerkennung der Wünsche, am 6. September, nachmittags, der Ausbruch der Theaterarbeiter vorbanden sein werde. Darauf gab der Regierungsvertreter Waller zur Antwort: „Wenn gestreift werden müßte, gut, dann sollte es geistlos sein.“ Nach der Verhandlung fand eine Vollversammlung sämtlicher Theaterbeschäftigten statt, die nach Anhörung des Ergebnisses der Verhandlung durch geheime Wahl einstimmig für den Ausbruch. Der Streik vollendete Tatsache. Um 5 Uhr abends fanden schon Verhandlungen statt. Es wurde die Forderung der Arbeiter bewilligt und in Aussicht gestellt, bis Donnerstag solle das Geld ausgezahlt werden. Eine erneute Versammlung nahm hierzu Stellung. Sie nahm das Angebot an und hob den Ausbruch auf. Nach vorläufigem Erfolg der Kollegen, die bewiesen, daß Einsamkeit und Unzufriedenheit auch heute noch dringend notwendig sind, um wirtschaftliche Verbesserungen zu erlangen.

◆ Notizen für Gasarbeiter ◆

Stettin. Am 23. September legten die Arbeiter der Gasanstalt infolge Rohstoffmangels die Arbeit nieder. Die Löhne der händlichen Arbeiter betragen pro Woche für Handwerker 75 bis 85 M., angelernte Arbeiter 65 bis 75 M., Arbeiter 60 bis 70 M., Arbeiterinnen 30 bis 35 M. Hierzu kommt eine laufende Feuerungszulage von 10 M. für Arbeiter und eine solche von 5 M. für Arbeiterinnen. Nach langen Verhandlungen bewilligte der Magistrat den Arbeitern und den Arbeiterinnen eine einmalige Feuerungszulage von 200 M. für Unberufene und 300 M. für Berufene, und zwar als Abfindungszahlung auf die demnächst zu gewährenden laufenden Feuerungszulage. Da als Stichtag für die Einstellung der 15. Mai festgelegt war, gingen nahezu die Hälfte

der Arbeiter leer aus. Das ergabbe herbeiführte bei der großen Zahl der nach dem 15. Mai eingestellten Arbeiter Erbitzung, zumal da die Löhne an und für sich für eine Großstadt mit enormen Feuerungsverhältnissen äußerst niedrige waren und die Preise für Lebensmittel und die notwendigen Bedarfsartikel gerade in dieser Zeit sprunghaft in die Höhe gingen. Im Verlauf der nun folgenden weiteren Verhandlungen wurde durch Stadtverordnetenbeschluss den Arbeitern zugesichert, daß der Magistrat spätestens am 15. September mit fertigen Vorschlägen kommen sollte. Am 13. September erklärte der Oberbürgermeister, daß der Magistrat mit diesen Arbeiten noch nicht fertig sei, daß aber in Aussicht genommen sei, am 23. September eine weitere Kommissionsberatung anzuberaumen. Da der Magistrat zu einer beschleunigten Stellungnahme nicht zu bewegen war, legten die Gasarbeiter am 23. mittags die Arbeit nieder. Rannoch trat die Magistratskommission eiligst zusammen und bewilligte am 21. den Arbeitern eine Erhöhung der laufenden Feuerungszulage von 10 M. pro Woche. Die Gasarbeiter aber erklärten sich mit einer solchen minimalen Erhöhung nicht einverstanden und verbarren neuer im Streik. Auch die Arbeiter der übrigen händlichen Betriebe sind fest entschlossen, falls der Magistrat nicht erheblichere Zugeständnisse macht, in den Ausbruch zu treten.

Interim 26. September geht uns noch folgender Bericht zu: Der Streik der Arbeiterkassier vom Gaswerk ist vorläufig beendet. Ihren Höhepunkt hatte die Situation dadurch erreicht, daß sich die Kollegen durch untere Vorstellungen sowie die der unabhängigen Stadtverordneten nicht bewegen ließen, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Sie waren dazu eventuell bereit gewesen, wenn in der abends stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung ihrer Forderung ein weiteres Entgegenkommen zuzustimmen wäre. Der Oberbürgermeister hatte sich aber geweigert, die Angelegenheit überhaupt noch an gleichen Tage mitzubedenken zu lassen. Wir verabredeten mit den Unabhängigen die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages zu dem Zweck, daß die eventuelle Erhöhung der Feuerungszulage auf 20 M. zur Veranlassung gestellt werde. Im günstigen Falle wollten auch dann die Kollegen die Notarbeiten sofort aufnehmen. Die Abstimmung ergab Ablehnung mit 27 gegen 26 Stimmen. Das Resultat war nicht einwandfrei, aber ein Protest wurde zurückgewiesen. Ein noch möglicher Versuch, den Antrag mit 10 M. einzubringen, scheiterte an der Unabhängigkeit des Hauzes. Damit war das Schicksal der Notstandsarbeiten besiegt. Nachts wurde die Gasanstalt von Reichswehrtruppen besetzt, die dienstlichen Arbeiten von Uniformierten bis zur Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß mußte der eventuelle Schaden abgewehrt werden. Mehrere Preussensrief deshalb den Oberpräsidenten um Verrückung an, der einvernehmlich war. In Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Oberbürgermeisters und von Stadtverordneten aller Fraktionen

Arme, kleine Baluta...

Eine Geschichte, die durch Mark und Pfennige geht.

„Nun ist es mir aber doch bald zu dumm. Wohin man kommt, schwächen sie einem was von der ‚Baluta‘ vor. Was ist das eigentlich für ein Frauenzimmer? Das soll an allem schuld sein. Neulich kaufte ich mir ein Kleid. Da der Preis zu hoch war, beschwerte ich mich. „Da ist die Baluta schuld,“ sagte man mir. Als ich vorige Woche Butter holte und wegen der 18 Mark schimpfte, was antwortet mir der Butterkontel? „Da ist die Baluta zwischen gekommen; jeht streifen die in der Fabrik drüber. Was steht heute im ‚Generalanzeiger‘? „Da wird die Baluta wieder sinken. Jetzt weiß ich nicht, was das eigentlich für ein vorwitziges Mensch ist, die sich um alles kümmern.“

Hochroten Kopfes, mit in die Seite gestemmten Armen, stand Frau Klothilde Moser vor ihrem Manne

„Da, ich möchte auch mal von dir wissen, wie das alles eigentlich zusammenhängt,“ warf Ludwig ein, „unser Lehrer in der Fortbildungsschule hat uns auch schon da vor graulich gemacht. Mutter, das ist ja kein lebender Mensch, das ist doch die Baluta, die, die, die...“

„Jedenfalls ist es eine ganz verschrobene Sache; jeht red' mal, Adolf, was es mit der ewigen Baluta ist. Sieh nicht so da und verzieh's Gesicht.“

„Gell, wenn euch die Puste ausgeht, kommt ihr zu mir?“

„Naja, du läufst doch immer in die Versammlungen, da wirst du doch wissen, was Baluta ist.“

„O ja, aber ob ich es euch begreiflich machen kann!“

„Na, wir sind doch nicht von Dummendorf, jeht red' mal los.“

„Also die Baluta — hm — paßt mal auf —, das ist, welchen Wert unser Geld hat. Nehmen wir mal an, unsere deutsche Mark...“

„Das sind hundert Pfennig!“ schrie Ludwig. „So steht's in unserem Schullesebuch.“

„Da, das steht drin. Stimmt. Heute aber wissen es die ge-

scheitesten Leute nicht, was an einem bestimmten Tage die Mark gilt.“

„Das ist komisch. Eine Mark ist doch eine Mark, daran ist doch nicht zu deuteln?“

„Nun laßt mich doch mal reden. Unser Geld, besonders unser Papiergeld, drückt nur einen Scheinwert aus. Nicht, was drauf gedruckt ist, gilt, sondern was dahinter steht.“

„Aber der anderen Seite steht daselbe; guh her.“

„Nach' keine Wijs, Ludwig; ich meinte, was an Wirtschaftskraft hinter dem Papiergeld steht.“

„Das sapiere ich nicht,“ sagte Frau Moser.

„Also, denke dir mal, wir vier wären Deutschland, du und ich und die Jungen. Was wir haben, ist unser Nationalreichtum. Wir geben nun 100 Scheine aus zu je 10 Mark, von denen die Leute wissen, sie sind bestimmt so viel wert, weil unsere Möbel, unsere paar Spargroschen vorhanden sind, weil du und ich und der Ludwig schaffen können, so daß wir voraussichtlich nicht ärmer, eher ‚reicher‘ werden. Die Leute haben Vertrauen zu uns, sie geben für jeden Schein mit gutem Gewissen 10 Mark.“

Alle machten den Mund weit auf, sagten aber nichts, so daß Vater Moser fortfahren konnte:

„Das Geld bekommt also keinen Wert durch das Vermögen, durch die wirtschaftliche Kraft, die dahinter steht. Würde ich aber nun anfangen zu trinken, Mutter erkrankte oder Ludwig käme in eine Besserungsanstalt und ein Stück Möbel nach dem anderen holte der Gerichtsvollzieher oder wir trügen es ins Pfandhaus — glaubt ihr, daß dann die Leute auch noch für unsere Papierscheine 10 Mark geben würden?“

„Ja wären sie dumm, denn dann könnten wir das Geld doch nicht zurückzahlen.“

„Eben bist du auf dem richtigen Weg, Ludwig. Unser Papiergeld ist also so viel wert, als man uns an Ansehen, an Volkstraft, an Vertrauen zu unserem guten Willen außerhalb Deutschlands zutraut. Verstehst ihr mich?“

wurde nach sechsständiger Verhandlung das Ergebnis erreicht, daß den Arbeitern weitgehendste Berücksichtigung ihrer Wünsche zugesagt wurde, wenn sie sofort die Notstandsarbeiten aufnehmen würden. Die Kollegen konnten die Wiederaufnahme der Arbeit nicht garantieren. Es war uns aber doch möglich, diese zu versichern, nachdem wir zuvor noch das Zugeständnis erhielten, daß mittels eingetroffene technische Truppen sofort das Gaswerk vor dem Schließungsentscheid gehen wir mit besten Hoffnungen entgegen, da der Oberpräsident uns nachdrückliche Unterstützung zugesagt hat.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung am 21. September erstattete Kollege Ely Bericht vom Verbandstage. Vordringend wurden als Weisiger zum Verbandsvorstand die Kollegen Brunke (Maschinen), O. Eiffert (Kleindruckerei), Judas (Pflanzgarten), Robert (Kleindruckerei) und Neumann (Maschinen) und als Ersatzleute die Kollegen Paegold (Kleindruckerei), Otto Krüger (Kleindruckerei), Krensch (Maschinen), Schröder (Maschinen), Schmidt (Maschinen), Dempel (Maschinen), auf die Vorkandidatur vorgeschlagen. Weitere Vorschläge wurden nicht eingebracht. Damit gehen die Kollegen als gewählt. Als Referenten wurden die Kollegen Bruno Ely, Fritz Verhöf und Otto Baum gewählt. Für die ausstehenden Kollegen aus der Gewerkschaft, die Kollegen Wintner und Schulz, wurden in die Gewerkschaften Karl Polenske als 1. Bevollmächtigter, G. Hartmann als 2. Bevollmächtigter und als Sekretär Logodjanski gewählt. Als Nationalleiter bestimmte die Generalversammlung die Kollegen Strauß, Wehner und Gärne, als Hilfsarbeiter die Kollegen Behrendt und Doktor. — **Polenke** berichtete über den Stand der Tarifverhandlungen. Nach den Mitteilungen des Stadtrats Dr. Seckl finden die Tarifverhandlungen mit den Gemeindeverwaltungen Ende der laufenden Woche statt. Vom Magistrat sind Mitteilungen eingegangen, daß den aus der Gewerkschaft heimkehrenden händischen Arbeitern ein Urlaub von 2 Wochen gewährt wird. Den Kriegskriegnehmern wird die Kriegsdienzeit bei der Berechnung des Ruhelohns doppelt angerechnet; bei der Urlaubsberechnung einfach. Nach dem Entschieden des Schlichtungsausschusses wird die Gewerkschaften alle nicht voll Verdienstleistungen anerkennen.

Gleimitz. Am 24. September fand eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung im Volkshaus statt. Kollege Schindler berichtete

über den Verbandstag. Hierauf erstattete Kollege Friedrich Bericht über die Landeskonferenz, welche am 21. September in Dresden tagte. Hieran schloß sich der Bericht des Kollegen Kästner, der die Verhandlungen über den Tarifabschluß schilderte. Es konnte berichtet, daß auch hier wieder Erfolge zu verzeichnen sind. Nachdem keine neue letzte Debatte ein über die Verbesserung der Forderung einer Entschlußsammlung. Dem Rat sei doch bekannt, daß die Not der händischen Arbeiter ins Grenzenlose steigt. Die Hilfsleistung wurde beantragt, alle möglichen Mittel anzuwenden, die Entschlußsammlung zu bewerkstelligen.

Darmstadt. Am 15. September fand unsere Mitglieder-versammlung statt, die einen sehr lebhaften Verlauf nahm. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen nicht nur bei finanziellen Fragen, sondern auch bei Punkten, die gewerkschaftlicher Natur sind, teilnehmen. Gewerkschaftliche Erziehung ist besonders von neuemommenen Kollegen notwendig. Kollege Wedel gab den Bericht vom Verbandstage. Die dortigen Beschlüsse fanden Billigung.

Dresden. Eine am 5. September von nahezu 1000 händischen Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung befaßte sich mit der Forderung: Gewährung einer wirtschaftlichen Beschäftigung. Auf Wunsch der Arbeiterschaft waren Mitarbeiter anwesend, denen Kollege Heider in seinem Referat die Notwendigkeit der tatsächlichen Gewährung einer derartigen Beschäftigung, unter Angabe von mehreren großen Städten, wo die Forderungen der Arbeiter erfüllt sind, vor Augen führte. Durch die anschließende lebhafteste Debatte wurde den Mitarbeitern die Stimmung der Arbeiter auf das Deutlichste zur Kenntnis gebracht. Von den Kollegen des Gaswerkes Meid ging ein Antrag ein, in welchem ein bis zum 12. September ausstehender Verdienst von 20 Mk. gefordert wurde, um dann die gleiche Summe wie die Beamten unter Anrechnung des Verdienstes zu erhalten. Zentralvorstandsausschuß und Gewerkschaft wurden beauftragt, beim Rat zu Dresden am 6. September vorstellig zu werden. Diese Verhandlungen fanden statt. Kollege Heider gab in der für den 10. September nach dem Kruppwerk einberufenen Versammlung Bericht, wonach allen händischen Arbeitern und Arbeiterinnen am 12. September neben den tariflich festgesetzten Löhnen eine Wirtschaftsbeteiligung von je 20 Mk. ausbezahlt wird. Über die weitergehenden Forderungen der Arbeiterschaft werden Verhandlungen zwischen den geordneten Anstalten eintreten und, soweit dabei keine Einigung erzielt werden sollte, ist die Entscheidung der geordneten Anstalten anzunehmen. Weiter wurde beschlossen, daß, wenn Mann und Frau als händische Arbeiter tätig sind, sie die Wirtschaftsbeteiligung nur einmal erhalten, und sofern Minder über 18 Jahre als händische Arbeiter tätig sind, soll jedes tätige Kind die Wirtschaftsbeteiligung empfangen. Als Sachtag für die Auszahlung kommt der 5. Juli in Frage und hat diese an alle händischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 5. September 1919 bei der Stadt noch arbeiteten, zu erfolgen. Zwischen Ver-

„Wie werden das denn die Leute auswärts gewahrt, wie kräftig wir sind?“ fragte Klothilde.

„Durch den Notenaustausch, durch unsere knappen Ausführungsmöglichkeiten, weil wir mehr ein- wie ausführen, und anderes mehr. Vor allem durch den Schleichhandel. Je mehr wir mit Papier zahlen müssen, je weniger haben wir Kredit, denn um so weniger haben wir produziert und desto mehr verarmen wir auch in der Tat. Wenn wir für alle unsere Verpflichtungen im Ausland Waren liefern könnten, würde der Markt und der Saluta nicht sinken, im Gegenteil, sie würde steigen. Denn dann setzen sich die Ausländer: Aha, die arbeiten tüchtig, denen können wir wieder vertrauen. Bringen wir aber Papiergeld, so heißt es: die drucken bloß Geldscheine, wie lange wird das noch dauern und sie gehen ganz kaputt. Wir geben jetzt bloß noch so viel dafür, mehr ist es uns nicht wert.“

„Was hat das aber mit der Butter und meinem Geld zu tun?“

„Sehr viel! Wenn die Schneiderin Stoffe kauft von Holland, muß sie natürlich heute für einen Meter, der 1914 1,20 Mark kostete, 6 Mark zahlen, weil die Mark halt 50 Cents heute nur noch 12 Cents gilt. Genau so ist es in der Schweiz. Am 1. Juli 1914 bekam man für 1 Mark 123 Centimes, jetzt nur noch 26.“

„Aber die Waren, die alle in Deutschland gemacht werden, wie zum Beispiel Butter?“

„Die werden beeinflusst von der jetztigen Mark, weil die Entwertung des Geldes auf alle Artikel zurückwirkt und die Inlandwaren verteuert. Natürlich machen dabei manche Leute noch ein Vertragsgeschäftchen, aber grundsätzlich wird dadurch nichts geändert.“

„Ja, das ist aber doch... ist denn dagegen nichts zu tun?“

„O ja. Wir müssen wieder hart werden. Seht, über die Mark sind fünf Jahre Krieg getrampt. Dadurch wurde sie schon um die Hälfte zertreten. Die Revolution hat ihr fast nichts getan; vom 11. November 1918 bis 1. Januar 1919 sank sie kaum um zwei Centimes in der Schweiz und um 1 Cent in Holland; aber den Todesstoß hat sie besonders durch den Friedensvertrag, dann aber

auch durch die innere Uneinigkeit bekommen. Seit 1. Januar 1919 bis heute ist die Mark von 58 auf 26 Centimes gesunken. Die drüben „trauen uns nicht“; ja, wenn wir einig wären...“

„Daß aber die Menschen so dumm sind und sich das gefallen lassen“, zetzte Klothilde.

„Da hast du recht. Leider gehen die Leute nicht in Versammlungen, die meiste haben keine Ahnung von den Zusammenhängen der Dinge und schimpfen auf Gott und die Welt. Freilich; auch die Regierung ist nicht schuldlos; sie mußte zeitig den Arbeitern durch Demokratisierung der Betriebe die Lust zur Arbeit zurückgeben. Aber man weiß nicht, wo fängt die Schuld der Regierung an, wo sind die allgemeinen Verhältnisse die Ursache. Nur auf die Regierung schimpfen, hilft auch nichts.“

„Unser Lehrer sagt, jeder Streit bringt die Mark zum Sinken.“

„Das ist nur zur Hälfte richtig, weil die wirtschaftlichen Streits in der Regel erst die Antwort auf den schon verminderten Geldwert sind. Immerhin erschüttern die großen politischen Streits natürlich das Vertrauen. Aber sage deinem Lehrer: die Arbeiter treiben nicht, sie laufen immer hinter der Saluta her.“

„Ich werde mich beherrschend, der ist immer gleich so eifrig.“

„Nun, Rutter, weißt du jetzt Bescheid?“

„Ja, Adolf, so ziemlich. Wo hast du das bloß alles her?“

„Aus den Versammlungen, Kind. Zu Hause merkst du davon nichts. Komm nur das nächste Mal mit, da wirst du noch mehr davon hören. Bloß Schimpfen hat keinen Zweck.“

„Da hast du recht, Adolf, aber wenn man immer nur hört, die Saluta ist schuld“ und nicht weiß, wie das zusammenhängt, dann möchte man plagen vor Mut.“

„Ja, und wirst keinen Fort; dabei auf die falsche Seite. Das ist unsere große Schuld. Die Arbeiter wissen viel zu wenig, wie alles zu erklären ist. Unsere große Schuld...“

Adolf Tröfer sah dabei gedankenvoll in die Ferne, während sich seine Frau mit ernstem Gesicht ihrer Hausarbeit zuwandte.

„Dachdeckergig.“

beiträteln und Ledigen, Männern und Frauen wird kein Unterschied gemacht. Auch die zur Zeit der Auszahlung Kranken und mit Lohnfortzahlung beurlaubten Arbeiter kommen in den Genuss dieser Beihilfe; darüber hinaus wird der Rat Härtefälle, die bei ohne Lohnfortzahlung Urlauben und in ähnlichen Fällen eintreten, in entgegenkommender Weise behandeln. Auch hier entspann sich eine erregte Debatte, in welcher die Verbandsleitung zumal stark angegriffen wurde; Kollege **Schieder** widerlegte die Angriffe jedoch in treffenden Worten und fand dabei die Zustimmung der über großen Mehrheit der Versammlungsmitglieder. Schließlich wurde eine vom Kollegen **Wolf** eingebrachte Erklärung, in der die Arbeiterheit mit dem Ergebnis der Verhandlungen ihr Einverständnis erklärt und den Ausschüssen sowie der Verbandsleitung Vertrauen auspricht, angenommen. In der Erklärung ist weiter bemerkt, daß sich die Kollegen auf den Boden des Tarifvertrags stellen, um so das Ansehen der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Organisation dem Rat gegenüber stets in respektablen Ansehen zu halten.

Freiburg i. B. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 23. September berichtete der Vorsitzende des Arbeiterausschusses über die Verhandlungen am 19. September. Die Arbeitsordnung soll einige Verbesserungen erfahren, insbesondere die Regelung der Entfernung-, Schmutz- und Funktionszulage. Auch über die Eingabe wegen der Ausgleichszulage wurde verhandelt. Berichterstatter und Diskussionsleiter gestellten scharf die Verschleppungsakt der Stadtverwaltung, die nicht einmal eine Antwort auf die Eingabe erteilte. Auch der Ortsverwaltung und dem Gewerkschaft wurden Vorwürfe gemacht, daß sie die Sache nicht energisch genug in die Hand genommen hätten. Auf Vorschlag von **Weininger** wurde eine Deputation gewählt, die auf dem Rat-haus vorstellig werden soll. Dieser Deputation gehören an die Kollegen **Weininger**, **Karl Sutter** und **Hermann Dreher**. Zum Schluß erstattete Kollege **Schmidt** den Kartellbericht.

Dannover. In der Mitgliederversammlung am 19. September erstattete Kollege **Jürgens** Bericht vom Verbandstage. Nach reiner Debatte wurde eine Entschließung angenommen, die unter anderem das Ansehen des Kollegen **Marole** aus dem Verbandsvorstand bezeugt. Beschlossen wurde, ab 1. Oktober einen Lokalaufschlag von 30 Pf. pro Woche zu erheben, so daß die männlichen Mitglieder 1 M., die weiblichen 70 Pf. zu entrichten haben. Notwendig ist diese Maßnahme durch die Errichtung des Ortsbüros und infolge des allgemein schwachen Standes der Mittelsklasse. Auch eine einmalige Extraleute von 6 M. für männliche und 3 M. für weibliche Mitglieder wurde beschlossen. Das Geld soll zur Erwerbung des ehemaligen Kriegerheims, jetzt **Vollshcim**, dienen.

Heilbronn. Am 12. August hielt die Filiale im dichtbesetzten Mitternachts ihre Monatsversammlung ab. Kollege **Kircher** referierte über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der städtischen Arbeiter. Er hob hervor, daß seit Abschluß unseres Tarifvertrages der Lebensunterhalt nicht billiger geworden sei. Insbesondere sei man gezwungen, wieder an die Stadtverwaltung heranzutreten, um in irgendeiner Form für die Arbeiterkassen Geld zum Ankauf von Winterkleidung flüssig zu machen. Da innerhalb des Lohnvertrags keine Verbesserungen erzielt werden können, so müsse man um Bewilligung von Teuerungszulagen vorstellig werden. Der Arbeiter- und Verbandsausschuß hatte hierzu folgenden Vorschlag ausgearbeitet: Die am 1. Juli 1919 bei der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen in den Monaten September und Oktober dieses Jahres in achtwöchentlichen Raten außer der Lohnzahlung noch Teuerungszulagen wie folgt erhalten: 1. a) männliche verheiratete Arbeiter 8 mal 56 M., gleich 640 M., b) ledige, verwitwete oder geschiedene Arbeiter über 30 Jahre alt 8 mal 50 M., gleich 400 M., c) Arbeiter über 16 Jahre alt 8 mal 30 M., gleich 240 M., d) Arbeiter unter 16 Jahre alt 8 mal 25 M., gleich 200 M. 2. Die Leidenträger 2 mal 200 M., gleich 400 M. 3. a) Vollbeschäftigte Arbeiterinnen über 20 Jahre alt 8 mal 40 M., gleich 320 M., b) vollbeschäftigte Arbeiterinnen unter 20 Jahre alt 8 mal 20 M., gleich 160 M., c) nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen über 20 Jahre alt 8 mal 25 M., gleich 200 M., d) nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen unter 20 Jahre alt 8 mal 15 M., gleich 120 M. 4. Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in dieser Zeit krank bzw. beurlaubt sind, erhalten diese Zulagen ebenfalls. — Da kein Gegenvorschlag von den Mitgliedern gemacht wurde, fand dieser Vorschlag bei der Abstimmung einstimmige Annahme. — Am 11. September wurde diese Forderung von der Stadtverwaltung verhandelt, und hierzu die Lohnkommission eingeladen. Die Stadtverwaltung konnte sich für einmalige Zulagen nicht erwärmen. Sie schlug tägliche Zulagen vor, und zwar: 1. Den städtischen Arbeitern vom Beginn des nächsten Jahrtages, 3. September 1919, an zu ihrem bisherigen Lohn eine Teuerungszulage zu gewähren, die für den achttägigen Arbeitstag beträgt: 1. für die Arbeiter der Lohnklassen 1 bis 4 2,20 M., 2. für die Arbeiterinnen der Lohnklasse 5 1,10 M., 3. für Arbeiter unter 18 Jahren 50 Pf., 4. für die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten und Hebammen 50 Pf., 5. für die Nichtvollarbeiter 1,20 M. 11. Die Gewährung einer Teuerungszulage an die Leidenträger mit Rücksicht auf die erst kürzlich erfolgte Neu-

regelung ihrer Bezüge abzuschließen. 111. Denjenigen städtischen Arbeitern, welche in den Monaten September und Oktober darum nachsuchen, einen Vorschuß bis zum Höchstbetrag von 200 M. unter der Voraussetzungen zu gewähren, daß sie sich verpflichten, diesen Vorschuß in wöchentlichen Teilbeträgen von mindestens 10 M. sofort nach Erhalt des Vorschusses mittels Abzugs von ihrem Wochenlohn wieder zu tilgen, bei Arbeiterinnen, jugendlichen Arbeitern usw. entsprechend geringere Beträge. — Die Lohnkommission stimmte den täglichen Teuerungszulagen zu, jedoch unter der Bedingung, daß diese schon am 1. August in Wirkung treten und für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember am 1. Oktober in einmaliger Rate zur Auszahlung kommen. Nach längerem Verhandeln wurden nun folgende Zugeständnisse gemacht: 1. Die in Lohnklasse 1 bis 4 eingetragenen Arbeiter für die Zeit vom 1. August 1919 bis 31. Februar 1920 eine Teuerungszulage von 220 M. für den Arbeitstag. Der auf die Zeit vom 1. August 1919 bis 31. Dezember 1919 entfallende Betrag, der mit rund 250 M. angenommen wird, soll am 1. Oktober dieses Jahres den Arbeitern ausgezahlt werden; ab 1. Januar 1920 soll die Teuerungszulage von 220 M. für den Arbeitstag fortlaufend jede Woche zur Auszahlung kommen. 2. Für die in Lohnklasse 5 eingetragenen Arbeiterinnen beträgt die tägliche Teuerungszulage 1,10 M. und der am 1. Oktober dieses Jahres zur Auszahlung kommende Betrag 140 M. Ab 1. Januar 1920 Auszahlung von 1,10 M. wie oben bei 1: 3. Arbeiter unter 18 Jahren sollen eine tägliche Teuerungszulage von 70 Pf. ab 1. August erhalten. Ihnen sind am 1. Oktober für die Monate August und September 36 M. auszusuchen. Ab 1. Oktober ist die Teuerungszulage fortlaufend allwöchentlich auszusuchen. 4. Die Hebammen erhalten eine Teuerungszulage von 14 Pf. für die Arbeitsstunde ab 1. August. Am 1. Oktober ist ihnen derjenige Betrag auszusuchen, den sie für die im August und September tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden zu beanspruchen haben. Ab 1. Oktober erhalten sie die Teuerungszulage wöchentlich. Für die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten wird die Teuerungszulage auf 80 M. für den Arbeitstag ab 1. August festgesetzt. Für die fünf Monate August bis Dezember sollen sie am 1. Oktober den Betrag von 104 M. ausgezahlt erhalten. Ab 1. Januar 1920 ist den Wärterinnen die Zulage wöchentlich zu veranlassen. 5. Die in die besondere Lohnklasse eingetragenen Nichtvollarbeiter sollen ab 1. August eine tägliche Teuerungszulage von 1,10 M. erhalten. Am 1. Oktober sind ihnen 140 M. für die fünf Monate August bis Dezember auszusuchen. Ab 1. Januar 1920 erhalten sie die Zulage wöchentlich. 6. Sollte ein Arbeiter oder eine Arbeiterin vor Ablauf der Zeit, für welche am 1. Oktober die Teuerungszulage gezahlt worden ist, austreten, so muß derjenige Teil der Zulage, die auf die nicht mehr im städtischen Dienst zugebrachte Zeit entfällt, an die Stadtkasse zurückgezahlt werden. Für Krankheitsfälle ist ein Erlaß an die Stadt nicht zu leisten, soweit nach dem Lohnarif der Lohn fortzuzahlen ist, wird die Stadt auch die Teuerungszulage weiterzahlen. 7. Bezüglich der Leidenträger, die ebenfalls eine Teuerungszulage gemüht haben, ist besondere Regelung notwendig. Diese erfolgt vielmehr dadurch, daß die Gehälter der Leidenträger für den einzelnen Verdienstag nochmals erhöht wird. Der Gemeinderat hat vorstehende Vorschläge gutgeheißen und demgemäß beschlossen. — Hierzu muß gesagt werden, daß wir diesen Erfolg einzig und allein nur unserer Geschlossenheit innerhalb unseres Verbandes zu verdanken haben. Darum muß es eines jeden Kollegen Pflicht sein, dafür mitzuarbeiten, daß auch der letzte Mann unserer Organisation zugeführt werde.

Lahr i. B. Am 17. August d. J. hatten sich die städtischen Arbeiter an den Stadtrat gewandt mit dem Ersuchen, ihnen wegen der fortgeschrittenen Teuerung und in Anbetracht des Umstandes, daß sie den niedrigsten Lohn von allen Städteordnungsstädten in Baden beziehen, eine Zulage von 3 M. täglich für die Arbeiter und eine solche von 2 M. für die Arbeiterinnen zu gewähren. Der Stadtrat überwiegt nun unsere Eingabe, der eine ausführliche Begründung beigegeben war, der sozialen Kommission zur Vorprüfung. Diese beschloß mit großer Mehrheit, dem Stadtrat zu empfehlen, den Antrag der städtischen Arbeiterheit als berechtigt anzuerkennen. Da nun aber der Stadtrat sich bis zum 16. September immer noch nicht geäußert hatte, entstand bei der Arbeiterheit der Eindruck, er stehe der Sache ablehnend gegenüber, oder beschlicke die Angelegenheit hinauszuwickeln. Die Erörterung hierüber machte sich am 16. September dadurch Luft, daß die Arbeiter anstatt zur Arbeit sich zu einer Protokollversammlung vereinigen und dort eine Kommission wählten, die mit dem Stadtoberhaupt verhandeln sollte. Das Resultat der Verhandlung war, daß sich eine außerordentliche Stadtratssitzung mit der Sache befassen soll. Auf Grund dieses Zugeständnisses wurde mittags die Arbeit wieder aufgenommen. Am Abend versammelten sich die Arbeiter wieder, um den Bericht über den Verlauf der außerordentlichen Stadtratssitzung entgegenzunehmen. Das Resultat der Arbeitssitzung war, daß der Stadtrat beschloß, den Antrag der nächsten Bürgerausschüttung zur Beschließung zu unterbreiten. Mit diesem Beschluß geben sich die Anwesenden zufrieden.

Völkstein. Wegen Lohnverhöhung war der Arbeitstranschuß beim Stadtrat vorstellig geworden. Da die Verhandlungen zu keinem

betriebsdienenden Resultat führten, wurde beschlossen, am 18. September mittags in den Ausstand zu treten. Die nachmittags wieder aufgenommenen Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und unsere Vertreter hatten einen harten Kampf zu bestehen. Man erregte sich schließlich inwiefern, daß den Arbeitern eine Teuerungszulage von 40 Pf. pro Stunde gewährt wurde, unabhängig vom Lohnsatz und unter Verbeibehaltung der bestehenden Vergünstigungen, so daß sich jetzt der Stundenlohn auf 1,70 Mk. stellt. Die Auszahlung erfolgt rückwirkend bis 20. August 1919. Hierfür wurde die Arbeit am folgenden Tage wieder aufgenommen.

Köln. Am 15. September hielt der Vorstand der hiesigen Kasse mit dem Arbeiterausschuß und den Vertrauensleuten eine Versammlung ab in deren Stellungnahme über die heutigen Teuerungszulagen. Nach langer Beratung wurde beschlossen, vorläufig von einer direkten Lohnforderung abzugehen, wohl aber an die Stadtverwaltung mit der Forderung einer laufenden Teuerungszulage von 40 Pf. pro Stunde heranzutreten. Für die beurlaubten Frauen wurde beschlossen, 20 Pf. pro Stunde zu fordern. Die Lohnkommission fungieren von jetzt ab die Kollegen Kohl, Gelles, Schütz und Bremer. Die Vertrauensleute wurden ersucht, auf den Arbeitseinsatz Kenntnis von diesen Beschüssen zu geben, da vorerst keine größerer Versammlungen stattfinden. Beurlaubte wurden allgemein, daß einige Kollegen nach ihrer achtstündigen Arbeitszeit oder während ihres Urlaubs bezahlte Arbeit annehmen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, dahin zu wirken, daß diese Kollegen eventuell entlassen werden.

Mainz. Nachdem wir am 21. Juli einen Lohnsatz bei der Bürgermeisterei einreichte hatten, bedurfte es erst einer Anfrage, wie sie sich dazu stelle sowie des Hinweises, daß die städtischen Arbeiter nicht mehr gewollt seien, der gemeindeverwaltenden Beschäftigungsbüro ratig aufzugeben. Daraufhin lief ein Antwortschreiben ein, das sich über den Ton des Briefes beärgerte. Tatsächlich geschah aber die Bitte nicht anders von der Bürgermeisterei sowohl als auch von der von ihr gewählten Lohnkommission, so daß Arbeiterausschuß und Gewerkschaften erneut zu dieser Frage Stellung nehmen mußten. Nach dem Transportarbeiterverband anstehende Arbeiterpersonal der städtischen Straßenbahn hatte eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mk. beantragt. Die Behörden, anstatt sich auf den Boden unserer Lohnsätze zu stellen, der für alle städtischen Arbeiter eine den Verhältnissen entsprechende Lohnzahlung fordern, versuchten uns in die Quere zu kommen, indem sie einen Antrag bei der Bürgermeisterei auf eine einmalige Zulage von 500 Mk. stellten. Teuerung, daß die Arbeiter das immer noch nicht begriffen hat, daß wir eine einzige, gezielte Organisation ein Machtfaktor im Wirtschaftsleben ist. Einmalig wäre es an der Zeit, daß auch die etwa vier bis fünf Tausend Christlichen hier ihre Chammassstellung einreichen und zu uns übergehen, um Interesse ihrer selbst wie der Gesamtbevölkerung. Die Kollegen beschlossen, bei dem Oberbürgermeister vorstellig zu werden, jedoch baldiger Regelung des Tarifs. Anschließend fanden unverbindliche Verhandlungen auf der Bürgermeisterei statt, die sich mit Form und Fassung der einzelnen Paragraphen des Tarifs beschäftigten. Nachdem diese fast reibungslos verlaufen, stellten wir den Antrag auf Zahlung von 500 Mk. als Lohnsatzvorzuschlag für die Zeit vom 1. Juli bis 30. November. Sollte es dann die Tariffrage noch nicht geregelt sein, dann solange bis zum Abschluß derselben eine zusätzliche Lohnzulage von 25 Mk. für Drangen darauf, diese Auszahlung auf dem schnellsten Wege zu erledigen. Mit diesem Antrage beabsichtigten wir Demonstration und Kampfauslösung. Es legten der Stadtverordnetenversammlung den Antrag vor, für alle städtischen Arbeiter, hängige und ankündigende, ledige und verheiratete, als Tarifvorzuschlag 500 Mk. für Arbeiterinnen 300 Mk. wöchentliche Arbeiter. Die erst seit 1. August 1919 in städtischen Diensten stehen, jezt 250 Mk. Ende Oktober und November je 125 Mk. zu erwahren, sind nachher Beschäftigten auf die demnächstige Erhöhung Berücksichtigung zu geben. Eine am 17. September stattfindende Stadverordnetenversammlung genehmigte den Antrag. Gleichzeitige erhielten die städtischen Beamten Teuerungszulagen, ebenso wurden den Rentnern, Pensionären und Dienstleistungen von städtischen Arbeitern und Beamten die Besätze erhöht. Die Aufstellung der Besätze wurde auf dem schnellsten Wege veranlassen. Zur Bedienung der etwa 8 Millionen Mark betragenden Mehlbestände des städtischen Vorrats durch diese Ausgabe soll für das Rechnungsjahr 1919/20 an Gemeindefiskusern im Hof mehr erhoben werden.

verständnisvollen Kollegen und Kolleginnen ohne Ansehen ihrer Parteizugehörigkeit in sie hineingewählt werden und wenn sie sich der Führung der Gewerkschaften unterziehen. Zudem so der Verbandstag die Frage der Vertreterfrage anerkennt, erachtet dieser zur Durchführung es als dringende Aufgabe, dahin zu wirken, daß Arbeiter und Angehörige durch Schulung herangebildet, um dadurch befähigt zu werden, jede Föhen wirksam zum Wohle der Arbeiterkassie einzunehmen zu können. Darauf referierte der andere Parteivorstand Garder über: „Unsere Lohnbewegungen“. Die hierzu beschlossene Resolution verlangt die Abschaffung der 45-Stundenwoche, Verbot der Frauenarbeit an gefährlichen Maschinen, Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen unter 16 Jahren an Maschinen usw. Der Verbandsvorstand erhielt den Auftrag, mit den anderen graphischen Verbänden sofort in Verbindung zu treten zwecks Zusammenrückens zu einem graphischen Industrieverband. Eine Resolution, die die Mitarbeit solche an bürgerlichen Mätern und seine Haltung als Stellvertreter der Arbeiter der „Vöndnerzeitung“ lautet, im übrigen aber dem Vorstand, mit Einverständnis der Kollegen, daß Vertrauen ausgedrückt, wurde angenommen. Bei der Vorstandswahl lebte Moth eine Wiederwahl ab. An seine Stelle wurde der bisherige Kassierer Hauert zum 1. Vorsitzenden und an dessen Stelle Lender gewählt. Der 2. Vorsitzende Garder und der Kassierer Michaelis blieben auf ihren Posten.

Der 6. Verbandstag des Verbandes der Tapezierer Deutschlands tagte vom 21. bis 29. August in Leipzig. Der Vorstandsbereich umfaßte eine Zeit von 7 Jahren. An der Haltung des Vorstandes zur Politik der Generalkommission und der Mehrheitspartei wurde herbe Kritik geübt, an der gewerkschaftlichen Tätigkeit selbst war nichts auszuwerfen. Eine Resolution, welche die politische Haltung des Vorstandes und Ausschusses nicht gutheißt, seine Verbandstätigkeit aber anerkennt, wird angenommen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Preis wird wegen seines Verhaltens als Berliner Stadtkommandant in den Revolutionstagen aus dem Verband ausgeschlossen. Zur Haltung der Presse wurde beschlossen: Im „Korrespondenzblatt“ soll auch die nach links gerichtete Richtung der Mitglieder zur Geltung kommen; eine Sachweise der Redaktion, die von einheitlichen politischen Gesichtspunkten ausgeht, ist zu verurteilen. Ein Antrag, das Verbandsorgan in der Tradition der „Freiheit“ bestehen zu lassen, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag, eine dreigliedrige Presskommission zu wählen, die sich aus den drei sozialistischen Parteien zusammensetzt. An den Geschäftsbericht schloß sich der Bericht vom Gewerkschaftskongreß, die Politik der Generalkommission wurde von der Mehrheit — 24 zu 22 — wie die des Vorstandes verurteilt. Die Verbindung mit einem anderen Verband wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die endgültige Entscheidung über die Verbindung wird einer Abstimmung unterbreitet. Zur Statutenberatung beschloß der Verbandstag, die bisherigen Unterabteilungsinstruktionen beizubehalten, die Streitentscheidungsfrage nach der vom Vorstand vorgeschlagenen Staffellage, bis zur Abschließung von 30 Mk. per Woche zu erhöhen, ebenso die Wochenbeiträge bis zum Höchstmaß von 1,20 Mk. Zur Vorstandswahl wurde beschlossen, diese nach dem Verbandstage durch Urnablen vorzunehmen. Von der Minderheit wird vorgeschlagen, die drei bisherigen Amtsstellen Spilke, Engel und den Kassierer Feder als Mandatanten aufzustellen. Die Opposition schlägt, nachdem Eiten und Gerhard (Berlin) eine Mandatur abgelehnt haben, die Kollegen Eiten (Berlin) als ersten Vorsitzenden, Trödel (Berlin) als Kassierer und als Redakteur Peter (Breslau) vor. Diese sechs Mandatanten werden der Wahl unterstellt, bis dahin amtiert der bisherige Vorstand. Die Geschäfte der Angelegtesten im Hauptberuf werden auf 700 Mk. die der Haus- und Selbstberufenden auf 600 Mk. pro Monat festgesetzt. In seiner Schlussrede betonte der Vorsitzende Spilke, daß es nunmehr trotz aller Meinungsverschiedenheiten über politische Auffassungen die Einheit in der Gewerkschaft über alles hoch zu halten gelte.

Der Verband der Schiffszimmerer hielt vom 17. bis 22. August in Dampfung seinen 14. Verbandstag ab. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Stande von 1914 um 814 vermehrt. Sie betrug zurzeit über 4000. Das Vermögen wuchs von 134.000 auf 225.000 Mk. Opposition gegen Verbandsvorstand und Generalkommission entstand nicht. In einer Entschiedenheit wurde die Haltung der Körperschaften ausdrücklich gelobt. Heber „Die Mitbestimmung“ referierte die Frage. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in folgender vom Verbandstag beschlossenen Resolution:

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Deutsche Buchbinderverband hielt seinen 13. Verbandstag vom 28. Juli bis 4. August in Würzburg ab. Der Verband zählte Ende 1918 33.377, Ende 1919 16.522, Ende 1918 36.969 und am Schluß des 1. Vierteljahres 1919 49.367 Mitglieder. Das Vermögen des Verbandes betrug am 30. Juni 1919 1.396.127 Mk. Nach einem Referat des Verbandsvorstandes Alois Lohrner die Stellung der Gewerkschaften zum Nationalismus wurde eine Resolution beschlossen, in der es u. a. heißt: „In Bezug auf die Reichsräte erklärt der Verbandstag, daß sie nur repräsentativ wirken können, wenn die sach-

Die Generalversammlung stellt sich auf dem Boden des Nationalismus mit demokratischer Grundlage, lehnt aber jede Diktatur ab. Sie steht auf dem Boden der Parteibemerkung und verkennt das volle Mitbestimmungsrecht für die Parteimitglieder in den Vereinen. — Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, sich mit den übrigen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit dem Zentralrat herbeizuführen. — Die Generalversammlung ist im Prinzip für den Zentralrat der Arbeiter, aber nur als nationalsozialistische, nicht als parteipolitische Instanz, auf Grund dessen ist auch eine Neuwahl des Zentralrats vorzunehmen.“

Die Frage der positiven Meistens soll dem Bundesausschuß zur Beauftragung überwiesen werden. Die Beiträge wurden um 30 Pf. erhöht, wodurch auch eine Erhöhung der Unterstüpfungen eintritt. Zum Schluß wurde noch eine Entschädigung angenommen, die den Mitgliedern die gewerbliche Nebenarbeit nach vollendeter achtstündiger Arbeitszeit unterliegt.

Der Verband der Sattler und Portefeuillier hielt vom 15. bis 20. September seinen 3. Verbandstag in Nürnberg ab. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1913 11.900, sie sank während des Krieges auf 10.377 am 31. Dezember 1916, am 31. März 1919 betrug sie 20.371. In der Reichsmelungungsfrage wurden Anträge, die auf Vereinigung mit den Verbänden der Lederarbeiter und Schuhmacher hinstreben, abgelehnt und beschlossen, eine Verschmelzung mit dem Tapeziererverband anzustreben. Die Beiträge wurden festgesetzt auf 1,25 M., 1 M., 65 Pf. und 50 Pf. Bei der Debatte über den Reichstarif wurde verlangt, daß die Heimarbeit befreit werden müsse. Die bisherigen beschickten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Vorherrscher des Modetextils bleibt vorläufig unbesetzt, bis die Frage der Verschmelzung mit dem Tapeziererverband erledigt ist.

◆ Internationale Rundschau ◆

Eine internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe findet auf Veranlassung unserer holländischen Kollegen am 20. Oktober in Amsterdam statt. „De Wertman“, das Organ unseres niederländischen Bruderverbandes, veröffentlichte am 20. September die vorläufige Tagesordnung der Konferenz. Sie lautet: 1. Eröffnung. 2. Wahl des Bureaus der Konferenz. 3. Bericht des Internationalen Sekretärs über seine Tätigkeit seit der letzten Konferenz in Zürich 1913. 4. Besprechung über Einrichtung der neuen Internationale. 5. Wahl einer Kommission zum Entwerfen der neuen Statuten. 6. Wahl eines vorläufigen Vorstandes. 7. Wahl des Ortes für das Internationale Bureau. 8. Besprechung über die Herausgabe eines internationalen Bulletin. 9. Feststellung des Datums und des Ortes für den nächsten Kongress. 10. Sonstige Anträge. — Von deutscher Seite nehmen an der Konferenz laut Beschluß des Verbandstages teil die Kollegen Pechmann, Dittmer, Jhle, Schmall, Stuttgart, außerdem noch ein fünfter Kollege, den der Verbandsvorstand bestimmt.

Internationale Arbeiter-solidarität. Die skandinavischen Gewerkschaften haben beschlossen, gemeinschaftlich eine Garantiesumme von 10 Millionen Kronen aufzubringen, durch die die deutschen Gewerkschaften während der ersten drei Jahre des Weltkrieges in den skandinavischen Ländern einzuführen. 4 Millionen Kronen entfallen auf Schweden, 3 Millionen auf Norwegen und 3 Millionen auf Dänemark. Auf seiten der dänischen Gewerkschaftsleitung wird betont, daß man verpflichtet sei, angesichts des niedrigen Marktpreises den deutschen Kameraden diese Unterstützung zu leisten, zumal die nordischen Arbeiter im Laufe der Jahre viel brüderlichen Beistand in Deutschland gefunden haben. Der dänische Anteil der Garantiesumme wird durch die Arbeiterschaft selbst aufgebracht, und zwar derart, daß die Mittel für den Fall eines bedeutenden Konflikts nicht fehlgeht sind. — Diesen Akt internationaler Brüderlichkeit begrüßen wir sehr. Ist er doch ein Zeichen, daß der alte Geist der internationalen Solidarität und Hilfsbereitschaft mehr und mehr wiederkehrt.

Die Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1918. Einem bedrohlichen Mitgliederabwuchs während der ersten drei Jahre des Weltkrieges folgte in den österreichischen Gewerkschaften 1917 und 1918 ein neuerlicher Aufschwung. Die Mitgliederzahl stieg zur Gewerkschaftskommission in Wien gehörigen Verbände nahm von 415.195 Ende 1913 auf 1.069.937 1916 zu und dann 1917 auf 3.110.618 und 1918 auf 4.129.910 zu. Nur bei drei Verbänden trat ein Mitgliederverlust ein, nämlich bei den Sattlern, Maschinenbauern und Seimarbeiterinnen; in allen anderen Organisationen stieg die Mitgliederzahl. Neben 48 Verbänden gehörten der Gewerkschaftskommission am Schluß des letzten Jahres noch 7 Lokalvereine solcher Berufe an, für die es bisher keine Zentralverbände gibt. — Bemerkenswert ist die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder der österreichischen Gewerkschaften in den Jahren 1917 und 1918. Ende 1918 war ihre Zahl 281.148, Ende 1917 aber betrug sie 79.002 und Ende 1916 106.866. Von je 100 Mitgliedern waren 1913 10, 1916 17 und 1918 26 weiblichen Geschlechts. Die Arbeitskraft an Frauen wurde in Oesterreich während des Krieges ansehnlich in noch bedeutenderem Maße herangezogen als in Deutschland oder irgendwo sonst. — Weitläufig die größte Mehrheit der österreichischen Gewerkschaftsmitglieder befindet sich in den nordwestlichen (an Deutschland grenzenden) Provinzen und in Niederösterreich. Der nun an andere Staaten verlorengegangene Osten und Süden des alten Oesterreich wies nie eine Gewerkschaftsbewegung von nennenswerter Stärke auf, teils weil dort die Industrie wenig ausgebildet ist und teils weil die Arbeiter-

schaft jener Gebiete infolge ihrer ganzen weit rückständigen Weltanschauung dem Gedanken der Organisation zum Zwecke gegenseitiger Hilfe schwer zugänglich ist. Die beschriebenen Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung, die es in diesen ihrem ganzen Charakter nach eigentlich balkanischen Ländern gab, werden wohl jetzt nach der Trennung von Oesterreich, bald ganz verschwinden. In den deutschösterreichischen Gebieten von Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Kärnten und Steiermark gab es 1915 111.712 und 1918 295.147 Gewerkschaftsmitglieder; diese bildeten im Jahre 1918 etwa 72 Proz. aller Mitglieder der international anerkannten Organisationen. (Nebenbei gab es noch die besonderen tschechischen sowie einige christlich-soziale Berufsvereine.) Stark zurückgegangen ist während der Kriegsdauer die Mitgliederzahl der zur Wiener Gewerkschaftskommission gehörigen Organisationen in Böhmen, in Mähren war der Rückgang mächtig und in Oesterreichisch-Sachsen war eine Zunahme zu verzeichnen. Diese drei früher österreichischen Provinzen bilden zusammen mit den slowakischen und teils heimrussischen Kolonisationsgebiete die neue tschechisch-slowakische Republik, deren gewerkschaftliche Zentralorganisation in Prag bisher bloß aus tschechischen Gewerkschaften besteht; schließlich werden ihr aber wahrscheinlich die Organisationen der deutschen Teile der böhmischen Republik (1 Millionen Einwohner!) ebenfalls beitreten.

Die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände gestalten sich in den Kriegsjahren bei allen der Wiener Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen wie folgt:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
	Beträge in Kronen	Beträge in Kronen	Beträge in Kronen
1914	8 274 000	9 912 000	13 784 000
1915	4 980 000	4 996 000	14 357 000
1916	4 636 000	4 466 000	14 991 000
1917	5 939 000	5 207 000	16 628 000
1918	10 618 000	9 402 000	18 713 000

Nicht eingerechnet sind dabei die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der neben den Gewerkschaften aber in keinem rechtlichen Zusammenhang mit ihnen bestehenden „freien Organisationen“, deren Aufgabe die Unterstützung der Beteiligten in Fällen von Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen war; denn das ultra-reaktionäre österreichische Sozialgesetz machte die Gewährung solcher Unterstützungen durch die Gewerkschaften selbst unmöglich, diese waren formell nur Unterstützungsvereine. Für Unterstützungen aller Art gaben die österreichischen Gewerkschaften im letzten Jahre die Summe von 2.396.000 Kronen aus, verglichen mit 1.534.000 Kronen 1917 und 5.011.000 Kronen 1914. — In dem Bericht der Gewerkschaftskommission heißt es, daß der Zusammenbruch des alten kaiserlichen Oesterreich sowohl das Wirtschaftsleben wie die Gewerkschaftsbewegung stark in Mitleidenenschaft zog. Bis zum Zusammenbruch erstreckte sich die Tätigkeit der österreichischen Zentralverbände auf ein weites Gebiet mit 26 Millionen Einwohnern, in dem die Industrie teilweise hoch entwickelt war. Durch das Entstehen der neuen Staaten verblieben Deutschösterreich nur etwa 6 1/2 Millionen Einwohner und vorwiegend unfruchtbares und industriearmes Alpenland. Die wichtigsten Lebensmittel- und Rohstoffgebiete mußten an die Nachbarstaaten abgetreten werden; namentlich die Republik Böhmen ist nun in dieser Beziehung weit besser gestellt als Deutschösterreich, sie umfaßt die besten Ackerbauänder der alten Oesterreichischen Monarchie, fast die ganzen Kohlenböden und den größten Teil des Erzreichtums derselben.

Offnungen werden an die durch die Revolution erfolgte Aufhellung weiterer Kreise gemißt, die vor dem Kriege und auch während seiner Dauer dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation ablehnend gegenüberstanden, die sich besser dünkten als gewöhnliche Arbeiter, sich dabei aber allen Ausbeutungsbestrebungen willenlos preisgaben. Nun haben sie endlich den so lange gemiedenen Weg zur Berufsorganisation gefunden. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Elemente der Industrie sowie jene im öffentlichen Dienst, die nun, nach dem fröhlichen Entweichen der handarbeitenden Bevölkerung, zu gewerkschaftlichen Methoden Zuflucht genommen haben. Die Folgen dieser Ausbreitung der Gewerkschaftsarbeit können gegenwärtig noch nicht richtig abgeschätzt werden. Die jüngsten Ereignisse haben auch in Oesterreich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß trotz der Umwälzung die Gewerkschaften eine Notwendigkeit geblieben sind.

◆ Rundschau ◆

Die Natur als Künstlerin. Der verheerene große Naturforscher Haeckel hat uns in besonders eindringlicher Weise binzuweisen auf jene wunderbare Schönheit, die jedes kleine Teilchen der Natur in sich trägt. Selbst die kleinsten und winzigsten Produkte des lebendigen Naturstoffes, gerade sie weisen uns eine überreichende Schönheit auf. All die Kleinsten ohne Plut und Verbeißel zeigen uns eine Eleganz und Zierlichkeit, eine Symmetrie und geordnete Pracht, daß wir großen Kulturmenschen uns recht winzig vornehmen gegenüber den gewaltigen natürlichen Mächten, die

solches geschaffen haben. Was ist es denn, das das überraschende, was man in die Welt hineinstellt in jener künftigen Lebenswelt. Es ist jene wunderbare Harmonie, jene Symmetrie und Ordnung. Wie mit einer seltenen Liebe ist das alles zu einer herrlichen Organischen Einheit geschaffen. Jedes jener Kleinsten ist eine ganze Welt von Ordnung und Schönheit. Ein feiner Trieb, so süßen wir, hat werden lassen jedes einzelne Teilchen dieser Kleinen, ein Trieb, dessen Ziel die Ordnung und Schönheit des Ganzen war und der darum jedes winzige Gliedchen jener kleinen Gebilde dort werden ließ, wo es nötig war im Sinne des Werdens des Ganzen zu einer neuen Harmonie. Ist es nicht auch derselbe Ordnungsgeist, der unseren gewerkschaftlichen Kampf erfüllt? Wollen nicht auch wir eine harmonische Einheit in unserem Arbeitsleben? Wie tief ergreift jene kleine Bracht unser Herz. Ist es da wunderbarlich, daß es uns wehe tut, wenn wir immer wieder finden, wie zerrissen dieses Lebensgespräch im Menschensein ist? Was ist denn des Menschen Charakteristikum? Was sollte ihn erheben über alle andere Natur? Der Geist, die Seele und Harmonie sollte herrschen in der geistig-seelischen Menschenwelt. Jeder einzelne Gefühlswort müßte leben in seiner natürlichen Art, auch im Arbeitsleben, jeder einzelne Mensch müßte auch im Arbeitsleben hier aufleben in seinem natürlichen Empfinden. Und das kann nur sein, wenn jeder einzelne bei seiner Arbeit froh sein mag, seinen Brüdern geben kann, wenn ein harmonisches Arbeitsleben errungen, wie es das Ziel unseres Sehnsüchtes ist. Dann herrscht diese Gefühlseinheit von allem, was Mensch heißt, dann herrscht dieses natürliche Glückseligkeit. Liebe ist diese Harmonie der Menschensein. Und unser Kampfziel ist darum die Einheit von Natur und Liebe.

Ein Notruf. Der Stadtverordnete Eßmann in Köln hat an den Oberbürgermeister von Köln folgenden öffentlichen Brief geschrieben: „Der Oberbürgermeister! Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins hat mich in einer Sitzung von achtstündigem Genuß befreit, Ihnen orientiert zu lassen, daß inwieweit der wachsende Not und der überhöhten sich rasch steigenden Teuerung große Schäden der Arbeiter, Angehörigen und Verwandten der Arbeiter und Arbeiterfrauen von einer verzweifelten Stimmung erfaßt werden. Mangel und Mangel drohen Formen anzunehmen, die auch die schlimmsten Erscheinungen der Armutzeit noch übersteigen. Die zahlungsunfähigen Familien mit zahlungsunfähiger Oberhand, die Forträge, und die Widerstandsmittel müssen beschränkt, das Nachsehen zu haben. Dabei stehen wir unmittelbar vor dem Winter, und es fehlt überall an Kleidung, Wärme und Schutz. Es ist kein Wunder, daß eine Familie mit geringem Einkommen die notwendigen Anforderungen machen kann. Sie wissen das selbst so gut, daß ich keine zahlungsunfähigen Vereine anführen brauche. Der Zenerzettel mit einem hohen Zins rückständiger Steuer hat viele Familien vor eine weitere finanzielle unheilvolle Aufgabe gestellt. Die Gehälter und die Entlohnung wird bis zur Ende der geistlichen Schwermut, das alle Leben vor den Vorständen verloren zu haben scheint. An aufreizender Art macht sich raffiniertester Lurus vor den Augen der vielen breit, denen für sich und ihre Kinder das Notwendige fehlt. Das ist nicht länger zu ertragen und wird auch nicht lange mehr ertragen werden. Wenn kein Ausweg gesucht wird oder keiner möglich ist, stehen wir vor einem Ende mit Entsetzen. Sie wissen, Herr Oberbürgermeister, daß die kleine Sozialdemokratie eine Katastrophe nicht will. Mehr als einmal haben wir in gemeinsamer Arbeit unsere Stadt über schwere Lebensnöte hinweggeführt. So gefährlich stehen die jetzt sich auswirkende war keine. Die Arbeitermassen stehen ratlos und drängen zu Aktionen. Was kann und soll geschehen? Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins beantragt durch mich bei Ihnen, daß zur Beantwortung dieser Frage sofort unter Ihrem Vorsitz eine Konferenz zusammenzutreten möge, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Arbeiter, der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften aller Richtungen und — worauf wir den entscheidenden Wert legen — von wachsenden Vertrauenspersonen der Gewerkschaften, die in die ehrenvolle Arbeit in Händen haben. Gleichzeitig richte die Abgeordneten Ausschuss und Frau Köhl mit mir einen Notruf an die Stadtverwaltung. Die alte Stadtverordnetenversammlung ist abgetreten; die neue wird erst in 6 bis 8 Wochen ihre Tätigkeit beginnen. So lange darf nicht gewartet werden. Ich bitte Sie, schnell zu handeln!“

Erholungsurlaub für Arbeiter. Ein neues österreichisches Gesetz bestimmt, daß den Arbeitern in jedem Jahre ein ununterbrochener Urlaub von einer Woche zu gewähren ist, wenn das Dienstverhältnis ein Jahr ununterbrochen gedauert hat und von zwei Wochen, wenn es ununterbrochen schon fünf Jahre gedauert hat. Jugendlichen Arbeitern vor dem vollendeten 16. Lebensjahre gebührt schon nach fünfjähriger Dauer des Dienstverhältnisses ein Urlaub von 2 Wochen. In der Urlaubszeit hat der Arbeiter Anspruch auf seine gewöhnlichen Bezüge. — Dieses Gesetz ist von der größ-

ten arbeitergewerkschaftlichen Bedeutung. Die überaus günstigen Folgen des Urlaubs auch für Arbeiter hat man auch in Deutschland schon längst erkannt, wenn auch die alternativen Arbeiter einen Urlaub nicht konnten. Nach einer Statistik sind in Deutschland nur 20 Proz. der Arbeiter zu einem Urlaub berechtigt. Selbst unter den Amerikanern, von denen man im allgemeinen annimmt, daß sie des Urlaubs zum größten Teil teilhaftig werden, sind in der Statistik nur 40 Proz. etwa in der heutigen Lage. Mehrere Sonderfamilien haben bereits in der bevorstehenden Zeit über die günstigen auch im Sinne der „Rentabilität“ Folgen des Urlaubs berichtet, sowohl der Arbeitgeber als der Arbeiter. Wenn der Urlaub dennoch nicht Gesetz wurde, so zeigt das, daß sich die Arbeiter wie Arbeiter eine Meinung über sozialen Lage nur selbst erzwingen müssen, durch kraftvollen gewerkschaftlichen Kampfschritt. Unser Volk kämpft heute mit dem Reich für ausreichende Urlaubsverhältnisse. Dieser Kampf hat es bewirkt, daß die Stadtverwaltungen und andere Behörden einsehen, daß auch den Arbeitern Urlaub gewährt werden müsse. Durch den Abschluß der Tarifverträge sind wir auch in dieser Frage weitergeschritten. Ausstehend ist das allerdings noch nicht. Wir müssen daher die Urlaubsforderung weiter forcieren.

Alkohol und Arbeit. Die unheilvollen Folgen des Alkoholismus zeigt uns eine Statistik, die Prof. Großhain in seiner „Sozialen Pathologie“ bringt. Danach liegt sich die Nachkommenschaft in 50 Arbeiterfamilien mit Trunksucht von Seiten des Vaters und der Mütter wie folgt zusammen: es waren 27,8 Proz. totgeboren oder vorzeitig gestorben, 29,3 Proz. litten in der Kindheit an Krämpfen, 18,6 Proz. waren Krüppel, 41,2 Proz. geisteskrank, 10,7 Proz. waren moralisch pervertierte Verbrecher, 16 Proz. waren Epileptiker und Epileptiker und 12,8 Proz. waren geisteskrank. Es ist anzunehmen, daß bei der Gelegenheit auf die engen Zusammenhänge hinzuweisen, die zwischen sozialer Lage und Alkoholismus bestehen. Je niedriger das soziale Los, um so größer der Alkoholismus und umgekehrt. Darum ist die beste Bekämpfung des Alkoholismus der gewerkschaftliche Kampf für wirtschaftliche Besserung.

Ein neuer Posttarif gilt ab 1. Oktober 1919. Briefe im Orts- und Nachbarrortverkehr bis 20 Gramm 15 Pf., bis 250 Gramm 20 Pf., im Fernverkehr bis 20 Gramm 20 Pf., bis 250 Gramm 30 Pf. — Postkarten im Orts- und Nachbarrortverkehr 10 Pf., im Fernverkehr 15 Pf. — Drucksachen bis 50 Gramm 5 Pf., bis 100 Gramm 10 Pf., bis 250 Gramm 20 Pf., bis 500 Gramm 30 Pf., bis 1000 Gramm 40 Pf. — Geschäftspapiere, Briefsendungen bis 250 Gramm 20 Pf., bis 500 Gramm 30 Pf., bis 1000 Gramm 40 Pf. — Warenproben unter bis 500 Gramm zulässig bis 250 Gramm 20 Pf., bis 500 Gramm 30 Pf. — Postanweisungen bis 5 Mk. 25 Pf., bis 100 Mk. 40 Pf., bis 250 Mk. 60 Pf., bis 500 Mk. 80 Pf., bis 1000 Mk. 1 Mk. — Wertbriefe, franko wie Einschreibebriefe, dazu Verpackungsgebühr für je 1000 Mk. 40 Pf. — Pakete, Nachsendungen bis 75 Kilogramm bis 5 Kilogramm 75 Pf., über 5 bis 10 Kilogramm 1,50 Mk., über 10 bis 15 Kilogramm 3 Mk., über 15 bis 20 Kilogramm 4 Mk., Fernzüge bis 5 Kilogramm 1,25 Mk., über 5 bis 10 Kilogramm 2,50 Mk., über 10 bis 15 Kilogramm 5 Mk., über 15 bis 20 Kilogramm 6 Mk. — Schwirfführer, Vorführer und Mitarbeiter, alle die mit der Redaktion oder dem Druckvorstand geschäftlich verbunden, müssen obiges unbedingt beachten, damit neben den hohen Postkosten nicht noch extra Strafpunkte wegen unrichtiger Frankierung hinzukommen.

Dumshofs-Gehäuse Berlin. Am 9. Oktober beginnen folgende auf 8 resp. 10 Wochenabende berechneten Vorlesungen des Genossen Dr. Celar Stilling, auf die wir unsere Mitglieder besonders aufmerksam machen möchten: 1. Praktische Volkswirtschaft (Abgaben und Repräsentation über Erhebungen auf dem Gebiete des Geldwesens.) Donnerstag, den 9. Oktober von 8-10. 2. Sozialismus und Kommunismus. Einführung in die Lehren des rationalen und entwicklungsgerichteten Sozialismus. Freitag, 10. Oktober, von 8-10. 3. Die Verfassung der Republik. (Vereinsgemeinschaft zur Untersuchung der Quellen der neuen Verfassung.) Donnerstag, den 11. Oktober, 8-9. 4. Staatswissenschaften. Einführung in das ganze Gebiet der Staatslehre. Montag, 13. Oktober, 7-8 1/2. 5. Geld, Bank und Währungswesen. Dienstag, 14. Oktober, von 8-9. 6. Nationalökonomische und staatsbürgerliche Fragen der Gegenwart. (Staatsökonomieprobleme. Kulturfragen. Sozialisierung usw.) Mittwoch, 15. Oktober, 8-10. 7. Der Friedensvertrag von Versailles. Sein Inhalt und seine Wirkung. Mittwoch, 19. November, von 8-9 1/2. — Diese Vorlesungen finden Mittwoch, 14. Dezember, von 8-9 und 7. Dezember 1919, 30.31 am Abend vor Friedrichshagen statt. Karten für den 10tägigen Abonnement 10 Mk. in zahlreichem Verkaufsläden, im Zentralbureau Neue Friedrichshagen, 63-66) und auch vor den Vorlesungen bei den Kontraktanten. Arbeiter haben Ermäßigung.

Handelschule Nürnberg. Die von der Stadt Nürnberg errichtete Handelschule wird am 15. Oktober laufenden Jahres eröffnet. Leitung und Vorlesungsversand werden demnächst durch die Geschäftsstelle, Nürnberg, Paulstr. 2, ausgedehnt werden.

Verbandsteil

Der Kollege Weich-Münden hat zwingender persönlicher Gründe wegen die auf ihn gefallene Wahl eines Sekretärs nicht annehmen können.

Der Verbandsvorstand muß deshalb die Stelle eines Sekretärs im Verbandsvorstand ausfüllen.

Da der zu wählende Kollege als befohlenes Mitglied im Hauptvorstand Sitz und Stimme hat, kann nur auf tüchtige Verbandsvorstand, im besonderen aus der Reihe unserer Verbandsvorstände reflektiert werden.

Die Nominierungen bitten wir umgekehrt, spätestens bis zum 8. Oktober, an die Adresse des Verbandsvorstandes einzuschicken.

Staatsarbeiter. Alle diese Gruppe betreffenden Fragen werden im Verbandsvorstand von dem Kollegen F. Münter bearbeitet.

Reichsaktion Krankenpflege, Massage- und Badepersonal. Die Leitung der Aktion ist nach dem Ausschreiben des Kollegen M. Marste durch Beschluß des Verbandsvorstandes dem Kollegen Paul Schulz übertragen worden.

Der Verbandsvorstand.

Briefkasten

Kollege Langner-Werlin teilt uns mit und die Berliner Ortsverwaltung bestätigt uns, daß er auf dem Verbandstage für die Resolution Hertel gestimmt hat und nicht dagegen, wie es im Bericht heißt.

Eingegangene Schriften und Bücher

Der Antifaschismus, das strebare, freidenkerliche Weltanschauungsgebiht, das während des Sozialistengesetzes trotz aller Verbote in der Arbeiter-schaft von Hand zu Hand ging und seitdem in Millionen von Exemplaren verbreitet wurde, ist jetzt in einem neuen Neudruck im Verlag der Buch-handlung Vorwärts, Berlin, erschienen. Das sauber hergerichtete Heft (Preis 75 Pf.) enthält auch die anderen nicht weniger bekannten großen Kampfschritte Friedrich Kräfers - Ceterum censeo, die Marxeilfäße des Christentums, der alte und der neue Glaube - und gibt in einer Ein-leitung Auskunft über den Fikter, der ein siebenbürgischer Achtundvierziger war und in den fechtigen Jahren zum Sozialismus gelangte.

Das Recht der Uebergangszeit von Gerichtsbarkeit Dr. Flatoz, Referent im Reichswirtschaftsamt. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Der Verfasser gibt im ersten Bande einen gründlichen Kommentar, während der zweite Band Gesetzes-terre über Minderjährig, Schuldnerschutz, Einstellungsanspruch der Ar-beiter usw., Erwerbslosenfürsorge, Landarbeiterschutz usw. im Wortlaut entworfen wird. Der Preis beträgt 2,50 Mk.

„Die Zukunft der Sozialreform. Koalitionsrecht - Tarif-recht“. Das unter diesem Titel als Heft 64 der „Schriften der Gesell-schaft für Soziale Reform“ bei Gustav Fischer, Jena, erscheinende Buch in ein stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Außerordent-lichen Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Berlin am 29. und 30. Januar 1919. Die Tagung befaßte sich mit der „Zukunft der Gesellschaft für Soziale Reform“. Ferner mit einem Referat Dr. V. Heubers über: „Die Reform des Koalitionsrechts“. Hieran schloß sich eine rege Aussprache, an der sich von sozialdemokratischen und gewerkschaftlicher Seite Dr. Max Cuatrecasas und A. Knoll beteiligten. Den Höhepunkt des Kongresses brachte dann das Referat des Unterstaats-sekretärs Dr. Hugo Heinemann über: „Das Tarifrecht“, worüber wir in den Nummern 11 u. 12 der „Gew.“ Auszüge brachten. Das Buch kostet broschiert 3,60 Mk.

Die Nr. 30 der „Gleichheit“ enthält u. a.: Die Kohlennot. - Kurt Heitbut: Dem Gedanken Kohales. - Martha Hoppe: Der Rechts hat, muß auch Pflichten erfüllen! - Genr. Fährb: Zur Sozialisierung der öffentlichen Wohlfahrtspflege. VI. Die Hauspflege. - Siebeth Weis-Wathenau: Unsere Schulen. - Kus unserer Bewegung. - Aus der Frauenbewegung des Auslandes. - Neufelton, sowie die Beilage: „Für unsere Kinder“. „Die Gleichheit“ kostet vierteljährlich 3,60 Mk. Sie er-scheint im Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 62.

Zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung. Von Prof. Dr. Wilh. Führer. Preis 1 Mk. Verlag Neues Vaterland G. Berger u. Co., Berlin W. 62.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 6051. Die Verfassung des Deut-schen Reichs vom 11. August 1919. Tertausgabe mit ausführlichem Sach-register, herausgegeben von Karl Bannier. (76 S.) Preis gebunden 65 Pf., in Pappband 1,25 Mk.

In Kürze erscheint: Stenographisches Protokoll des Nürnberger Verbandstages.

176 Seiten stark.

Preis 2 Mk., für Verbandsmitglieder 1 Mk.

Die Verhandlungen des diesjährigen Verbandstages in Nürnberg sind insofern von ganz besonderer Bedeutung, als dieser Stellung zu nehmen hatte zur Tätigkeit der Verbandsleitung während der Kriegsjahre. Ferner war u. a. die Sozialisierung der Gemeindebetriebe und das Betriebsrätegesetz Gegenstand eingehender Beratung.

Das Protokoll wird also das lebhafteste Interesse finden, sobald schnellste Bestellung geboten sein dürfte.

Zu beziehen für die Verbandsmitglieder nur durch den Vorstand ihrer Filiale, für alle anderen Interessenten durch den Verbandsvorstand, Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24.

Filiale Offenbach a. M.

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen

Ortsbeamten.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein, in schriftlichen Arbeiten gewandt, zur freien Rede fähig und mit Stenog-raphischen verfahren sein. Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebens-lauf sowie eine Abhandlung über die Arbeiten eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen.

Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 10. Oktober einzureichen an M. Oberer, Offenbach a. M., Bettinastr. 85 I.

Totenliste des Verbandes.

- Johann Allers, Hamburg
Karl Clidewski, Berlin
Adolf Nobis, Hamburg
Anna Oelischlägel, Leipzig
Paul Peters, Hamburg
Ernst Preiß, Hamburg
Anna Schwartz, Kiel
Christ. Völker, Frankfurt-Land
Louis Wiegmann, Hannover
Amalie Winterstein, Dresden
Marta Wolter, Berlin



Opfer des Weltkrieges:

Peter Zeyns, Hamburg
am 7. Januar 1917 im Alter von
43 Jahren gefallen.
Ehre ihrem Andenken!